Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948
1947

22 (19.3.1947)

Visual Library

BADENER TAGBLATT

MORGENZEITUNG

Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich 1.20 RM, durch die Post 1.44 RM, durch Streifband 2 RM Geschäftsstelle Bühl/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 752

Anschrift: Baden-Baden, Stefanienstraße 3 — Fernruf Verlag 15 56, Schriftleitung 21 20. Postscheck Karlsruhe 14 137 Geschäftsstelle Achern/Bd.: Hauptstraße 112

Nr. 22 / 3. JAHRGANG St BADEN-BADEN, MITTWOCH, DEN 19. MAERZ 1947 PREIS 15 PFENNIG

Aechtung des Krieges

HAMBURG — Die Ächtung des Krieges, sowie Strafen für diejenigen, die zum Kriege hetzen und Kriege vorbereiten, verlangt ein Gesetzentwurf der Deutschen Friedensgesellschaft (Hamburg), der jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Der Gesetzentwurf soll den Länderparlamenten zugeleitet werden.

Der Gesetzentwurf umfaßt vier Paragraphen, und zw.:

1. Kriege sind ein Verbrechen an der Menschheit.
2. Wer zum Kriege hetzt, Kriege vorbereitet, Kriege verherrlicht, sei es in Wort, Schrift oder Bild, oder zur Teilnahme am Kriege auffordert, ist ein Verbrecher und wird als solcher behandelt und bestraft.
3. Wer im Sinne dieses Gesetzes für schuldig befunden wird, kann mit allen gesetzlichen Strafen belegt werden. Außerdem kann auf Aberkennung der Staatsbürgerrechte, Vermögensentziehung und Verbot, ein öffentliches Amt zu bekleiden, schriftstellerisch und publizistisch oder als Erzieher tätig zu sein, erkannt werden.
4. Ein Strafantrag im Sinne dieses Gesetzes kann von jedem deutschen Staatsbürger gestellt werden.

Die Friedensgeselschaft will mit diesem Gesetzentwurf eine Möglichkeit schaffen, auch solche Personen zur Rechenschaft ziehen zu können, die den Kriegsgedanken vertreten, ohne an leitender Stelle im Staate tätig zu sein.

„Europäischer Befehlsbereich"

FRANKFURT — „United States forces europan theater" (Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa), die offizielle Bezeichnung für die amerikanischen Besatzungstruppen seit Juli 1945 ist nach einem Befehl des USFCT-Hauptquartiers mit Wirkung vom 15. März in „European Command" (Europäischer Befehlsbereich) geändert worden.

In dem Befehl werden die offiziellen Stellungen des Oberbefehlshabers und seines Stellvertreters neu festgelegt. Generalleutnant Lucius D. Clay führt danach die Bezeichnung: „Oberbefehlshaber des europäischen Befehlsbereichs".

1,5 Millionen Menschen vergast

WARSCHAU — Über die fabriksmäßige Massentötung sagte Rudolf Hoeß, der angeklagte frühere KZ-Kommandant von Auschwitz, vor dem Obersten polnischen Nationalgericht aus. Darnach hatte Hoeß im Sommer 1941 eine Zusammenkunft mit Himmler in Berlin, bei der Hitlers Entschluß zur totalen Ausrottung der Juden besprochen wurde. Hoeß prüfte die Frage der Vernichtung der Juden im Lager Auschwitz und erhielt die Mitteilung, daß sechs bis sieben Millionen Juden ausgerottet werden sollten. Versuche mit Zyklongiftgas an sowjetrussischen Kriegsgefangenen haben bewiesen, daß dieses das beste Mittel zur Massenvernichtung sei. Außer den Gaskammern gab es vier größere und zwei kleinere Krematorien im Lager, die aber, wie Hoeß zynisch feststellte, nur eine Tagesleistung von 10 000 Personen hatten. Nach den Angaben von Hoeß sind insgesamt eineinhalb Millionen Menschen in Auschwitz vergast worden.

Zu einer gesamtdeutschen Vertretung

BERLIN — Der Vorstand der CDU aus allen Zonen Deutschlands hat die Leitungen der deutschen politischen Parteien eingeladen, sich zusammenzufinden, um die erste Stufe einer gesamtdeutschen Vertretung des Volkes vorzubereiten und diese Vertretung bis zu ihrer Verwirklichung zu repräsentieren. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands hat ein entsprechendes Schreiben an die Vorstände der SPD, an die Arbeitsgemeinschaft der SED und KPD Deutschlands und an die LDP gerichtet.

Pieck u. Grotewohl gegen Grenzänderungen

OFFENBACH — Auf einer Tagung der amerikanischen und deutschen Zeitungsberichterstatter in Offenbach am Main, erklärten die beiden Vorsitzenden der SED: Anläßlich der Moskauer Konferenz fordern wir die alliierten Mächte auf, ein neues Deutschland zu gründen, das die Unterstützung der Arbeiterschaft findet. Pieck und Grotewohl betonten, die SED bedauere jede Änderung der deutschen Grenzen und werde Änderungen im Osten ebenso wenig anerkennen wie im Westen. Wiedergutmachungs-Zahlungen sollen von der laufenden deutschen Produktion entnommen werden.

Demokratisierung Deutschlands

Bidault in Moskau für eine gemeinsame Deutschland-Politik

MOSKAU — Im Rat der vier Außenminister beschäftigte man sich mit dem Problem der Entnazifizierung und Demokratisierung. Marshall erklärte, daß zur Zeit gegen 5000 verdächtigte Personen Verfahren eingeleitet, 48 000 Gestapo-Mitglieder verhaftet, die Gesetze in der amerikanischen Zone schärfer als in den anderen Zonen und bereits 200 000 Deutsche verurteilt sind. Die ehemaligen Nationalsozialisten können kein öffentliches Amt bekleiden und die Amnestie ist nur auf Jugendliche und Greise anwendbar.

Er erinnerte daran, daß die in Berlin erlassenen Gesetze nicht in der gleichen Art in allen vier Zonen angewendet werden und verurteilte diese Art des Vorgehens. Er schlug daher vor, daß die vier Außenminister den Kontrollrat auffordern sollen, durch die deutschen Behörden einheitliche Gesetze für alle vier Zonen verkünden zu lassen.

Bidault meinte: „Die vier alliierten Mächte sind zu einer gemeinsamen Politik verpflichtet. Die beiden Probleme, Entnazifizierung und Demokratisierung, sind eng miteinander verknüpft. Das erste betrifft jedoch Vergangenes. Die Maßnahmen, die hier getroffen werden können, werden immer ungenügend sein, wenn sie nicht durch eine Demokratisierung vervollständigt werden, die in der Zukunft durchzuführen ist." Er forderte eine Koordinierung der Entnazifizierungsmaßnahmen in allen Zonen.

„Die Demokratisierung", sagte er, „ist ein langwieriges Werk. Es handelt sich darum, Deutschland die Prinzipien einer neuen Moral begreiflich zu machen und ihm sein Gewissen wiederzugeben. Dafür sind Schule, Parteien und Gewerkschaften die gegebenen Mittel. Die Erziehung der Jugend wird durch die Schule erfolgen. Man wird sie zu überwachen haben. Was die Parteien und Gewerkschaften anbelangt, so müssen sie wohl Handlungsfreiheit, jedoch nur im örtlichen und nicht im nationalen Rahmen besitzen. Durch die Parteien und durch die Gewerkschaften werden die Deutschen die demokratischen Grundsätze von Grund auf zu erlernen haben. Das Werk wäre unvollkommen, wenn es nicht weiter darauf abzielte, das deutsche Volk von gewissen wirtschaftlichen Lasten zu befreien." Bidault empfahl dringend die Entkartellisierung der Großbetriebe und die Agrarreform. „Man wird mit Wachsamkeit und Großmut vorzugehen haben. Es ist notwendig, daß die Großmächte eine gemeinsame Politik verfolgen, wenn sie zu einem Resultat kommen wollen."

Molotow kritisierte sehr heftig die Methoden, mit denen in der englischen Zone die Probleme der Entnazifizierung, Rechtsprechung, öffentlichen Verwaltung, Bodenreform u. a. behandelt werden. Daraufhin gab Bevin einige Zahlen bekannt: 250 Spruchkammern sind in Tätigkeit, 1 500 000 Fälle wurden überprüft, 296 000 Nationalsozialisten wurden aus ihren Stellungen entlassen und 34 000 in Internierungslager eingewiesen. Bezüglich der Agrarreform erklärt Bevin, daß die britische Regierung damit einverstanden ist, die Resolution des Kontrollrates durchzuführen. „Man redet viel von Demokratie", führte Bevin weiter aus, „aber was will denn eigentlich das Wort „Demokratie" besagen?" Er stellt fest, daß in der russischen Zone die SPD mehr oder weniger gezwungen war, sich mit der KPD zu einer „sozialistischen Einheitspartei" zusammenzuschließen, und fragt: „Ist das etwa Demokratie?" Bevin bezweifelte es.

Grundsätze der Demokratie in Deutschland

Im weiteren Verlauf der Konferenz erläuterte Marshall die amerikanische Auffassung von Demokratie und nannte die Grundsätze, auf denen die Demokratie in Deutschland aufgebaut werden muß. Es sind das fünf Grundsätze, u. zw.:

1. Respektierung der bürgerlichen Rechte, d. h. Schutz des Individiums.
2. Respektierung der Rechte der politischen Parteien, die in ihrem Handeln frei sein sollen.
3. Respektierung der Rechte der freien Gewerkschaften.
4. Respektierung der Rundfunk- und Pressefreiheit.
5. Freier Güter- und Personenverkehr.

Marshall schloß mit der Erklärung, daß die Demokratie nicht mit der Entnazifizierung verwechselt werden dürfe und daß man konstruktive Maßnahmen vorsehen müsse. Er behielt sich das Recht vor, einen diesbezüglichen Plan vorzulegen.

Dann sprach wieder Bidault. Er stellte fest, daß die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen manchmal „leicht polemischer Natur" waren. Er erklärte jedoch, daß die Minister sich über den Grundsatz der Entnazifizierung einig seien, daß es aber Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Grundsatzes gäbe. Im Hinblick auf die franz. Zone beantwortete er, wie vorher Marshall die von Molotow geübte Kritik über die Beibehaltung gewisser Richter und Staatsanwälte. In der franz. Zone wurden die großen Kriegsverbrecher bestraft, die weniger Schuldigen werden dem gewöhnlichen Strafverfahren unterworfen. „Es gab allerdings den „Fall Tillessen", der von einem deutschen Gericht freigesprochen wurde. Das Urteil wurde jedoch revidiert, Tillessen wurde verurteilt und die verantwortlichen Richter wurden bestraft."

Bidault behandelte dann die Frage der politischen Parteien und der Gewerkschaften, die er als wichtige Werkzeuge für die Entnazifizierung und Demokratisierung ansieht. Er sprach sich für die Gewährung aller politischen Freiheiten, jedoch nur im Rahmen der verschiedenen Zonen, aus. Die französische Delegation kann die Vorschläge auf Zusammenschluß der politischen Parteien und Gewerkschaften, die verschiedentlich gemacht wurden, nicht annehmen. Der Grundgedanke, den Bidault entwickelte, war der, daß die französische Delegation dagegen ist, daß die deutsche Einheit durch eine Entscheidung von untergeordneter Bedeutung gelöst wird, die als Präzedenzfall betrachtet werden könnte. Die Frage der deutschen Einheit ist eine wesentliche Frage. Man muß sie offen anpacken. Die Agrarreform und die Entkatellisierung, so sagte Bidault weiter, sind ohne Zweifel die Grundelemente der Demokratie. In der französischen Zone umfaßt der Großgrundbesitz nicht mehr als drei Prozent der Gesamtfläche. Es ist daher festzustellen, daß man sich im Einzelfall vor sehr verschiedenen Problemen sieht. Die französische Delegation ist der Auffassung, daß man es den Deutschen selbst überlassen muß, diese Probleme zu regeln. Er vertrat den Standpunkt, daß dafür 3 Methoden möglich seien.

1. Die Vorschläge zu prüfen, die in einer der vorangegangenen Sitzung von ihm selbst, von Molotow und von Marshall unterbreitet worden sind.
2. Diese Vorschläge den Sonderbeauftragten zu übermitteln.
3. Nichts zu tun.

Er stellte fest, daß es diese dritte Lösung sei, die man annehmen zu wollen scheine.

Bevin wies darauf hin, daß am Ende dieser parlamentarischen Aussprache allgemeinen Charakters Beschlüsse gefaßt werden würden. Und trotzdem könne man nur feststellen, daß dieser erste Teil der Konferenz vollkommen unfruchtbar verlaufen sei.

Im weiteren Verlauf der Konferenz widmete sich der Vierer-Rat dem Studium folgender drei Fragen:

1. Die Geschäftsordnung des Friedensvertrags mit Deutschland.
2. Die Frage der verschleppten Personen.
3. Die Frage der territorialen Neuordnung.

Es wurde keine Entscheidung getroffen, da der Rat beschloß, sich zunächst einen Überblick über die verschiedenen Punkte des Berichts der alliierten Kontrollkommission von Berlin zu verschaffen. Zur Frage der Geschäftsordnung liegt die Hauptschwierigkeit in der Frage, ob Albanien in die Konsultations- und Informationskommission aufgenommen werden soll. Nach einer kurzen Rede Bevins wurde beschlossen, die Frage durch die Minister prüfen zu lassen, wenn die Sonderbeauftragten die Prüfung aller Probleme der Geschäftsordnung beendet haben.

Gefährliche Uebervölkerung Deutschlands

Zu dem Problem der verschleppten Personen legte Bidault in detailliierten und präzisen Ausführungen den französischen Standpunkt dar und hob hervor, daß die Übervölkerung Deutschlands für seine Nachbarh eine ausgesprochene Gefahr darstelle. Er schlug vor:

1. daß die Rückführung der Auslandsdeutschen eingestellt wird,
2. daß die Repatriierung der vom Ausland gekommenen verschleppten Personen, die sich zur Zeit in Deutschland befinden, beschleunigt wird,
3. daß eine deutsche Auswanderungsorganisation geschaffen wird, die Frankreich in praktischer Form unterstützen würde.

Die Intervention Bevins, der nach Bidault sprach, bestand lediglich aus einer Schilderung der Lage in der englischen Besatzungszone.

1. In allen Ländern sind noch zahlreiche Kriegsgefangene vorhanden. Diese Kriegsgefangenen werden eines Tages nach Deutschland zurückkehren. Bis jetzt hat jedoch noch niemand die Quoten bekanntgegeben, in denen die Entlassung erfolgen soll. Bevin beantragte, daß man diese Frage prüfen solle.
2. In der britischen Zone befinden sich 250 000 Personen nichtdeutscher Nationalität, darunter 111 000 Polen, 82 000 Balten, 4 700 Jugoslawen und 29 000 verschiedener Nationalität. Die Mehrzahl dieser Personen will nicht in ihre Heimatländer zurückkehren. Diese Lage wirft finanzielle Pro-

(Fortsetzung Seite 2)

Options-Möglichkeiten für Kriegsgefangene

Anwerbung freier deutscher Arbeitskräfte für Frankreich beraten

PARIS — Der stellvertretende Ministerpräsident, Teitgen, und der USA-Botschafter in Paris, Jefferson Caffery, haben ein Memorandum unterzeichnet, das auf die französisch-amerikanischen Verhandlungen über die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen zurückgeht.

In einem Communiquee über die französisch-amerikanischen Verhandlungen zur Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, die seinerzeit von den Vereinigten Staaten nach Frankreich gebracht wurden, wird daran erinnert, daß die amerikanische Regierung am 3. Dezember 1946 die Forderung gestellt habe, diese Kriegsgefangenen spätestens bis zum 1. Oktober 1947 zu entlassen. Die französische Regierung habe darauf hingewiesen, daß der Abtransport von 450 000 Kriegsgefangenen innerhalb dieses kurzen Zeitraums besonders für die Landwirtschaft und die Kohlenförderung katastrophale Auswirkungen haben müßte. Sie habe deshalb die amerikanische Regierung gebeten, sich mit einer Freilassung an Ort und Stelle (Option) einverstanden zu erklären und diese als gleichwertig mit einer Entlassung in die Heimat anzuerkennen.

Auf dieser Grundlage sind die amerikanischen und französischen Unterhändler übereingekommen, daß die Möglichkeit der Option allen deutschen Kriegsgefangenen, die der SS und Kriegsverbrecher ausgenommen, geboten wird. Sie sollen drei Monate Zeit haben, um sich zu entscheiden. Wenn sie sich dagegen aussprechen, bleiben sie Kriegsgefangene und werden repatriiert werden. Wenn sie sich dafür aussprechen, erhalten sie einen Arbeitsvertrag als Freiwillige für die Arbeit in Frankreich, u. zw. in einer Maximalquote von 25 000 Mann monatlich. Diese freien Arbeiter werden selbst entscheiden, auf einen wie großen Teil ihrer Lohnzahlung in Francs sie verzichten wollen, um stattdessen zum Nutzen ihrer Angehörigen in Deutschland Bezahlung in Mark zu erhalten.

Die beiden Delegationen haben außerdem je einen Abkommensentwurf über die Anwerbung von verschleppten Personen in der amerikanischen Zone Deutschlands und über die Anwerbung freier deutscher Arbeitskräfte für Frankreich aufgestellt.

Unter das französisch-amerikanische Abkommen fallen mehr als zwei Drittel aller heute in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen. Insgesamt befinden sich zurzeit 630 000 deutsche Kriegsgefangene im Lande, von denen 450 000 von den Amerikanern und 180 000 von den französischen Streitkräften gefangen genommen wurden. Von den insgesamt 630 000 Kriegsgefangenen sind zurzeit mehr als 500 000 in den französischen Wirtschaftsprozeß eingeschaltet. 55 000 davon arbeiten in den Bergwerken und 210 000 in der Landwirtschaft.

Die Zahl der Kriegsgefangenen

MOSKAU — Die sowjetische Nachrichten-Agentur TASS veröffentlicht die Zahlen der unter der Kontrolle der alliierten Behörden stehenden deutschen Kriegsgefangenen, wie sie von den vier Außenministern angegeben wurden. Darnach beträgt die Anzahl der deutschen in Englands Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen, die sich außerhalb Deutschland in Gefangenschaft und Beschäftigung befinden 435 295. Über die Anzahl der deutschen Kriegsgefangenen in der britischen Zone liegen keine Angaben vor. Die Zahl der monatlich entlassenen Gefangenen beträgt 17 500. Sie wird sich ab 1. Juli 1947 auf 20 000 erhöhen.

Die Zahl der Deutschen in amerikanischer Kriegsgefangenschaft beträgt 30 876, davon sind Kranke oder gewöhnliche Verbrecher 103, in Arbeitstrupps in Frankreich 1175, in Arbeitstrupps in Italien 13 825 und in der amerikanischen Besatzungszone 15 873.

Rußland meldet als Anzahl der deutschen Kriegsgefangenen auf russischem Boden 890 532. Seit der Kapitulation wurden 1 003 974 Mann entlassen.

Echo auf Truman

BADEN-BADEN — Die aufsehenerregende Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Truman, läßt interessiert nach dem Echo in die Welt hinaushorchen. Es ist vieltausendfältig und ungemein laut.

Von Moskau ist zunächst der sowjetische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Nikolai Niwikow zur Berichterstattung nach der sowjetischen Hauptstadt zurückberufen worden. Er hat seine Reise sofort angetreten. Der sowjetische Botschafter in London, Zarubin, ist auf dem Luftwege in Paris eingetroffen und von hier zusammen mit dem sowjetischen Botschafter in Paris, Bogomolow, nach Moskau abgeflogen.

Die Moskauer Tageszeitung „Prawda" schreibt in einem Leitartikel: „Der Hinweis Trumans, daß die USA die Absicht haben, England abzulösen läßt deutlich genug erkennen, daß die Vereinigten Staaten dem Kurs folgen wollen, den die englische Politik in Griechenland vorzeichnete. Somit kommt unter der Maske der Wohltätigkeit die Politik der imperialistischen Expansion, der faktischen Liquidierung der staatlichen Selbständigkeit Griechenlands und der rücksichtslosen Aufzwingung der amerikanischen Herrschaft zum Vorschein.

In der Botschaft Trumans ist auch von der Türkei die Rede. Die USA wollen England auch hier ablösen. Truman suchte seinen Appell, der Türkei militärisch-finanzielle Hilfe zu erweisen, damit zu begründen, daß die Durchführung der für die Aufrechterhaltung der nationalen Integrität der Türkei erforderlichen Modernisierung notwendig sei. Es erübrigt sich nachzuweisen, daß der nationalen Intrigität der Türkei keine Gefahr droht.

Folglich läuft der Zweck dieser sogenannten Modernisierung auf eine Errichtung der amerikanischen Herrschaft in der Türkei hinaus. Wenn jemand wirklich Griechenland und die Türkei gefährden würde, so hätten sich die Vereinigten Staaten doch an die Organisation der Vereinten Nationen wenden können, um dort diese Frage aufzuwerfen.

Der amerikanische Präsident verschmähte das aber. Er zog es vor zu handeln, ohne auf die UNO Rücksicht zu nehmen oder sich darüber Gedanken zu machen, daß dieses geringschätzige Verhalten der UNO gegenüber die tönenden Deklarationen der USA von der Treue zur Sache der internationalen Organisation wertlos macht."

Trumans Rede hat in Frankreich keine helle Begeisterung ausgelöst, zumal sie auch nicht auf der Basis der französischen Friedenskonzeption für Moskau liegt. In „L'Ordre" ist zu lesen: „Nur diejenigen können sich in den Absichten Trumans täuschen, die die Opfer der liberalen Ideologien sein werden, deren sich dieser interessierte Expansionismus bedient. Die nackte Wahrheit besteht darin, daß die Vereinigten Staaten im Mittleren Orient ihre Macht auf den Ruinen des britischen Einflusses gegen den sowjetischen Druck geltend machen. Darin ist nichts zu finden, was, von welcher Seite auch immer betrachtet, einem Frieden des Rechts und der Freiheit ähnelt." Aus Moskau wird bekannt, daß die Verantwortlichen der französischen Delegation es vermeiden, sich zur Truman-Rede zu äußern. Delegationsmitglieder halten es jedoch für möglich, daß die Russen in Anbetracht der englisch-amerikanischen Einheitsfront, bei den Franzosen Unterstützung suchen.

Die englische Presse sieht in ihren Kommentaren im allgemeinen eine Versteifung der amerikanischen Haltung gegenüber der Sowjetunion. Die Ursachen hierfür wollen die Kommentatoren hauptsächlich in der Haltung der Sowjetunion selbst und in der Aufgabe wichtiger Außenposten durch das britische Empire sehen. Lediglich der „Times" ist es etwas unbehaglich, denn sie bringt den Satz: „Das Prinzip der Harmonie zwischen den Großmächten steht auf dem Spiel". Abseits steht „News Chronicle" mit der Meinung, „das Fehlen jeder diplomatischen Feinfühligkeit in der Sprache des amerikanischen Präsidenten kann dem Staatsdepartement unvorhergesehene Schwierigkeiten bereiten", und „Präsident Trumann hat denjenigen neue Argumente gegeben, die behaupten, daß die amerikanische Politik selbst die Kluft zwischen Ost und West vertieft."

In den Vereinigten Staaten wurde die Rede Trumans mit großer Zustimmung aufgenommen. Man nimmt an, daß der Kongreß die Vorschläge Trumans billigen wird, denn „der Präsident hat das Problem eines kommunistischen Angriffs mutig angepackt", wie der Vorsitzende der Kongreßkommission für auswärtige Angelegenheiten sagte. Die großen Zeitungen stellen sich hinter ihren Präsidenten. In „New York Times" ist zu lesen: „Präsident Truman hat nicht etwa einen Kreuzzug gegen den Kommunismus proklamiert. Der Präsident wendet sich lediglich gegen die Auferlegung totalitärer Regierungsformen durch aggressive Methoden, politische Infiltration und andere Zwangsmittel, die gegen den Willen der interessierten Länder gerichtet sind." „New York Herald Tribune" kommentiert, „es handle sich darum, die gegenseitige Wirksamkeit des sowjetischen und westlichen Systems auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ebene zu bestimmen und abzugrenzen.

Beachtung kommt auch einer Erklärung zu, die ein Sprecher des Vatikans abgegeben hat. Sie ist deutlich und bestimmt. Der Sprecher sagte: „Die Männer von denen die Politik der Welt geleitet wird, sähen sich zu Maßnahmen gezwungen, die nicht ohne Beunruhigung aufgenommen werden können. Die Rede des Präsidenten ist ein klares Eingeständnis, daß alle Anstrengungen zu internationaler Zusammenarbeit auf dem Wege der Rechtsprinzipien bisher fruchtlos gewesen sind. Man kann daraus ersehen, daß eine wahre Demokratie nach einem so furchtbaren Krieg es sich nicht leisten kann, daß undemokratische Staatsformen sich ausbreiten. Der Gedanke, daß die USA mit ihrer Politik agressive Ziele verfolge, ist absurd. Diese neue Politik drücke das Verlangen aus, die geistige Unabhängigkeit von Nationen zu schützen, wo dieselbe in Gefahr sei."

Truman's Rede wird die Kommentatoren in allen Staaten noch einige Zeit hindurch beschäftigen. Auch ein Vorschlag des Arbeitsministers der USA findet starke Beachtung. Darnach soll die kommunistische Partei in den USA geächtet werden, falls es zu terroristischen Aktionen „bewaffneter Gruppen" kommen sollte. Die „kommunistische Gefahr" könne von den USA als Beweggrund dafür angesehen werden, in allen von ihnen kontrollierten Ländern gegen solche „bewaffnete Gruppen" einzugreifen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

bleme auf, die für England eine schwere Belastung darstellen. Eine zwangsweise Repatriierung ist jedoch unmöglich. Die Lösung, die England vorgesehen hat, besteht darin, daß man ihnen Arbeit verschafft.

Bevin hat, im Gegensatz zu Bidault, nichts gegen ihren Verbleib auf deutschem Boden einzuwenden. Bevin behandelte dann die Frage der Deutschen, die aus den benachbarten Ländern ausgewiesen wurden oder nach Deutschland zurückgekehrt sind. Er stellte fest, daß die britische Zone die größte Anzahl von ihnen aufgenommen hat, und sprach den Wunsch aus, daß keine weiteren mehr hinzukämen, außer denjenigen, die durch die bereits geschlossenen Abkommen vorgesehen sind.

Der britische Minister sieht die Lösung für das Problem in einer gerechten Neuverteilung aller verschleppten Personen. Bevin vertritt die Ansicht, daß diese Aufgabe den Deutschen selbst übertragen werden soll und schlug vor, daß die Berliner Kontrollkommission eine deutsche Kommission ernennt, die die zur Lösung des Problems erforderlichen Vollmachten besitzt.

Wahrscheinlich Aenderung deutscher Ländergrenzen

Der Rat ging anschließend zur Frage der territorialen Neuordnung Deutschlands über. Der sowjetische Referent Wischinsky, der dem Rat der Vier beigezogen worden war, erinnerte daran, daß gewisse territoriale Verschiebungen in den drei westlichen Zonen vorgenommen worden seien, ohne daß der alliierte Kontrollrat darüber befragt worden wäre. Wischinsky schlug vor, daß diese Umgliederungen von nun an ohne vorherige Befragung des alliierten Kontrollrats verboten werden sollen.

Marshall antwortete ihm darauf, daß diese Änderungen den Potsdamer Beschlüssen, die die politische Dezentralisierung vorsähen, entsprechen würden. Sie seien dadurch notwendig geworden, daß die Zonengrenzen nicht mit den früheren Verwaltungsgrenzen übereinstimmen. Eine Neugliederung sei demzufolge unerläßlich gewesen. Die Änderungen seien in jedem Falle nur provisorischer Natur. Bevin und Bidault pflichteten den Ausführungen General Marshalls bei. Bidault bewies vor allem, daß die von den französischen Behörden im Saargebiet vorgenommenen Änderungen nur einfache Berichtigungen waren. Die Schaffung des Staates Rheinland-Pfalz sei durch die Auflösung Preußens gerechtfertigt. Bidault erklärte auch, daß die Grenzen der Länder wahrscheinlich geändert werden, sobald das Besatzungsregime aufhört, wenn möglich sogar schon vorher. Auf jeden Fall könne nichts endgültiges entschieden werden, bevor nicht das künftige politische Statut Deutschlands festgelegt sei.

Kommunistische Partei in USA bedroht

Gesetzentwürfe, die eine Aechtung der KP zulassen

NEW YORK — Die kommunistische Partei hat in dem Bewußtsein, daß die gegenwärtigen Tendenzen der amerikanischen Politik darauf abzielen, die Kommunistische Partei in den USA zu verbieten, ein Telegramm an General Marshall gesandt. Darin wird erklärt, daß die beiden Gesetzentwürfe, die dem Kongreß zur Begutachtung vorgelegt werden sollen, bezwecken, „die Partei für vogelfrei zu erklären". Nach der Ansicht des Generalsekretärs der kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten, stehen die genannten Gesetzentwürfe auch in Widerspruch zu der Erklärung, die General Marshall in der letzten Woche in Moskau über das Wesen der Demokratie abgegeben hat.

Togliatti ließ Mussolini erschießen

ROM — Palmiro Togliatti bestätigte, daß er zwei Tage vor der Gefangennahme des Duce den Befehl gegeben habe, Mussolini und die anderen Mitglieder der faschistischen Regierung zu erschießen. Der Kommunistenführer erklärte dem „Messagero" gegenüber, daß er bei einer Rundfunkrede im April 1945 gesagt habe, daß diejenigen, die Mussolini habhaft werden könnten, ihn nach Feststellung seiner Identität ohne weitere Formalitäten erschießen sollten, da seine Verbrechen offensichtlich seien. „Ich gab diese Erklärung", so fuhr Togliatti fort, „in meiner Eigenschaft als stellvertr. Ministerpräsident, als Generalsekretär der kommunistischen Partei und als einer der Führer der Widerstandsbewegung ab".

Deutsche beim internat. Sozialistenkongreß

BERN — Zu einem Internationalen Sozialistenkongreß vom 7. bis 9. Juli in Zürich sollen auch Vertreter der Deutschen Sozialdemokratischen Partei eingeladen werden und Gelegenheit erhalten, ihren Fall zu vertreten. Die deutsche Delegation wird an den Besprechungen über Deutschland, jedoch nicht an der gesamten Konferenz teilnehmen.

Ein Irrtum in der Kartei

Dr. Blome hält Dr. Sauerbruch für die Kälte- und Lostgasversuche verantwortlich

NÜRNBERG — Im Prozeß gegen die 23 nationalsozialistischen Ärzte und Wissenschaftler erklärte der Angeklagte Dr. Kurt Blome, der als Zeuge in eigener Sache vernommen wurde, Geheimrat Dr. Sauerbruch sei für die Kälteversuche und für die Lostgasexperimente verantwortlich. Man habe ihn, Blome, nur durch einen Irrtum in der Kartei des Reichsforschungsrates als Auftraggebenden für die Versuche genannt.

Er habe, so führte Dr. Blome aus, nachdem er von den angeblich durch ihn gegebenen Forschungsauftrag über die Kälteexperimente gehört hatte, sofort mit Dr. Rascher in Dachau gesprochen und diesem gesagt, daß diese Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich von Professor Dr. Sauerbruch gehöre und daß hier offensichtlich ein Irrtum vorliegen müsse.

Nach einer längeren Diskussion, in deren Verlauf der Verteidiger des Angeklagten seinem Mandanten die Karteiblätter Blomes und Sauerbruchs vorgelegt hatte, blieb Dr. Blome bei seiner Aussage und behauptete, daß man diesen „Irrtum" augenscheinlich auf den damaligen Personalmangel im Reichsforschungsrat zurückführen müsse. Die Karteikarten selbst will Dr. Blome erstmalig während des Prozesses gesehen haben, ebenso wie er von den ihm zur Last gelegten Malaria-Experimenten erst in der Gefangenschaft in Oberursel gehört haben will.

Auf die Ermordung angeblich unheilbar kranker Polen, in dem damaligen „Warthegau" eingehend, erklärte Dr. Blome, daß auf seine Veranlassung hin Himmler von diesem Programm abgesehen und die von ihm vorgeschlagene Einrichtung von Reservationen für TB-Kranke geschaffen habe. Dr. Blome sagte, er hätte wohl zurücktreten können, dann wären aber 40 Millionen Polen ermordet worden.

Dr. Blome bestritt, daß die von mehreren Zeugen bestätigte mit zahlreichen Dokumenten nachgewiesene planmäßige Ermordung von KZ-Häftlingen, die als Kranke und „unnütze Esser" nicht mehr für die Kriegsmaschine verwendet werden konnten, etwas mit der von Greiser 1942 beabsichtigten Liquidierung der TB-Kranken im Warthegau zu tun gehabt habe. Auf den Anklagepunkt der Sterilisierung eingehend, führte Dr. Blome aus, daß der ehemalige Reichsgesundheitsführer Conti nach vertraulichen Mitteilungen von Beamten der Parteikanzlei 1941 beabsichtigte, die „polnische Intelligenz sterilisieren zu lassen", um den polnischen Widerstand für alle Zeiten auszuschalten". Auch hiergegen will Dr. Blome protestiert und dem damaligen Chef der Parteikanzlei, Martin Bormann, gegenüber geäußert haben, daß in einer „späteren Geschichte" niemand für die Sterilisierung eines besiegten Volkes durch den Sieger Verständnis finden werde. Bormann habe damals seinen Standpunkt geteilt, sagte Dr. Blome abschließend und bis zu diesem Prozeß sei ihm nichts mehr von einer Sterilisierung bekannt geworden.

9 Todesurteile in Rastatt

5 Jahre Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe für Industriellen Trippel

RASTATT — Vor einer großen Zuhörerschaft verkündete das Hohe Gericht in Rastatt am Dienstag das Urteil gegen die angeklagten Kommandoführer und Wachleute der ehemaligen Sicherheitslager Haslach-Vulkan, Haslach-Sportplatz, Gaggenau, Niederbühl und Sulz a. Neckar.

Zum Tode wurden verurteilt: Karl Buck, Josef Muth, Walter Müller, Bernhard Ullrich, Reinhold Lindau, Gerhard Gaisser, van der Veer, Erwin Ostertag und Karl Nussberger.

7 Jahre Gefängnis ohne Zwangsarbeit erhielt der Angeklagte Sigismund Weber. 6 Jahre Gefängnis ohne Zwangsarbeit erhielt Bernhard Kühn. Zu 5 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit wurden verurteilt: Martin Wiesenmayer und Adalbert Depka. 5 Jahre Gefängnis ohne Zwangsarbeit erhielt Ludwig Regitz. 2 Jahre Gefängnis ohne Zwangsarbeit erhielt der Angeklagte Stefan Ribar. 1 Jahr Gefängnis ohne Zwangsarbeit erhielt der Angeklagte Robert Wunsch.

Der Angeklagte Hans Trippel, Industrieller und Erfinder des Schwimmwagens, wurde zu fünf Jahren Gefängnis ohne Zwangsarbeit und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kurze Tagesnachrichten

BERLIN — Der Heilsarmee ist einer sowjetischen Eingabe an den Alliierten Kontrollrat zufolge die Erlaubnis zur Arbeit in Deutschland verweigert worden. Die sowjetische Beschwerde hat darauf hingewiesen, daß es sich um eine halbmilitärische Organisation handele, deren Angehörige Uniform tragen und zur Entwicklung des Militarismus beitragen.

PRESSBURG — Vor dem slowakischen Staatsgerichtshof hat der öffentliche Ankläger gegen den ehemaligen Präsidenten der slowakischen Republik, den katholischen Priester Monsignore Tiso wegen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime die Todesstrafe beantragt.

LONDON — Als Protestmaßnahme gegen die Entlassung eines Angestellten ist das Hotelpersonal des Savoy-Hotels in London, etwa 600 Personen, gerade als das Diner aufgetragen werden sollte, in den Streik getreten.

TOKIO — In einem Kommuniqué des amerikanischen Marinekommandos heißt es: Mehr als die Hälfte der japanischen Flugzeugträger, Schlachtschiffe und Kreuzer mit einer Gesamttonnage von 350 000 Tonnen ist abgewrackt und der Verschrottung übergeben worden.

Nur 200 Gramm Tabak in schweizer Paketen

BADEN-BADEN — Im Gegensatz zu den kürzlich sowohl in der schweizer als auch in der deutschen Presse aufgestellten Behauptungen, bleibt die Einfuhr von Liebespaketen, die ausschließlich Tabak, Zigarren und Zigaretten enthalten, auch weiterhin für die französische Zone untersagt. In Lebensmittel- und Bekleidungspaketen dürfen Tabak, Zigarren und Zigaretten mengenmäßig vier Prozent des Gesamtgewichts nicht überschreiten und auf jeden Fall höchstens 200 Gramm wiegen. Tabak, Zigarren und Zigaretten müssen ausnahmslos verzollt werden. In Ausführung dieser Bestimmungen können keine Ausnahmen bewilligt werden.

Anordnungen über Forschungen

BADEN-BADEN — Sämtliche Personen, Institutionen, Körperschaften und Institute, die Forschungen wissenschaftlicher oder technischer Art durchführen oder diese fortzusetzen wünschen, werden eindringlich auf das Rundschreiben des Administrateur Général vom 20. Januar 1947 über die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung hingewiesen. Dieses Rundschreiben wurde im Journal Officiel Nr. 54 vom 13. Februar 1947, in Ausführung des Kontrollrat-Gesetzes Nr. 25 vom 29. April 1946 (erschienen im Journal Officiel Nr. 23 vom 11. Mai 1946) sowie auf Grund der Verfügung Nr. 2 des Oberbefehlshabers vom 18. November 1946 (erschienen im Journal Officiel Nr. 47 vom 4. Dezember 1946) veröffentlicht. Die in Frage kommenden Personen, Institutionen, Körperschaften und Institute werden aufgefordert, unverzüglich den Inhalt dieses Rundschreibens entweder auf dem Bürgermeisteramt ihrer Gemeinde oder am Sitz der örtlichen Militärregierung zur Kenntnis zu nehmen, sofern dies nicht bereits geschehen ist.

Leipziger Erkenntnisse

hfg. BADEN-BADEN — Die Leipziger Messe war immer eine Weltmesse gewesen und wird es auch wieder werden. Ausländische Einkäufer und Besucher sind daher für die Mustermesse die wichtigsten Gäste. Wenn sie diesmal die Frühjahrsmesse mit erheblicher Enttäuschung verlassen haben, weil ihre Ordre-Bücher im allgemeinen leer geblieben sind, so liegt die Schuld daran weder am Messeamt, das wieder vorbildliche Organisationsarbeit geleistet hat, noch an den deutschen Ausstellern.

Die diesjährige Frühjahrsmesse konnte mit dem besten Willen nichts anderes bieten, als was eben z. Zt. in Deutschlands leerem Laden vorhanden ist. Wenn die ausländischen Gäste das Gefühl der Enttäuschung mit nach Hause nehmen, so sind die Deutschen die ersten, die das aufrichtig bedauern. Aber das Ausland möge nicht übersehen, daß das Gefühl der Enttäuschung, daß wir nach zwei Jahren „friedlichen Wiederaufbaus" noch nicht mehr an Produktionsleistung bieten können, bei uns noch erheblich größer und peinlicher ist.

Die Mustermesse ist in erster Linie eine Veranstaltung unserer Ausfuhrindustrie. Das Ausland weiß jetzt, wie wenig ausfuhrfähig unsere Industrie heute noch ist, und seine Vertreter haben sich in Leipzig ein Bild von den Gründen machen können. Diese Klarstellung und die Wiederaufnahme des persönlichen Kontakts zwischen deutschen und ausländischen Geschäftsleuten sind die beiden Aktiva, welche die Messe für sich und die deutsche Wirtschaft buchen kann. In diesem Sinn war sie keineswegs umsonst.

Die Besucher sahen in Leipzig eine gewaltige Vielzahl sehr guter und gediegener Waren. In den begehrten Ausfuhrwaren gab es viel Schönes und Ausfuhrfähiges zu sehen. Aber in vielen Erzeugnissen erwies es sich, daß unsere industrielle Technik infolge der langen Abschnürung vom Ausland leider zurück geblieben ist. Dieses Zurückbleiben aufzuholen wird so lange unmöglich bleiben, als die deutsche Industrie gezwungen ist, einseitig alle ihre Patente und Herstellungsgeheimnisse dem Ausland offen zu legen, während uns der Einblick in den technischen Fortschritt des Auslandes verwehrt ist.

Soweit das Ausland in Leipzig gekauft hat, muß es sich mit teilweise sehr langen Lieferfristen abfinden, weil ja die Lieferung ganz von der Bereitstellung von Rohstoffen abhängt. Vielfach hat die russische Verwaltung, z. B. bei Textilaufträgen, dem ausländischen Käufer die Bereitstellung der nötigen Rohstoffe für eine verhältnismäßig kurzfristige Herstellung des Auftrags zugesagt. Die geforderten Preise für die ausgestellten Waren erwiesen sich vielfach als stark überhöht. Zum großen Teil ist das darauf zurückzuführen, daß der deutsche Kaufmann noch keine Möglichkeit hat, sich auf den Märkten draußen um zu sehen, wie es zu einem vernünftigen Außenhandelsgeschäft nun einmal gehört. Zur Unsicherheit in der Preisbildung trägt natürlich auch die Ungewißheit über den Außenwert der Mark erheblich bei.

Nach einem Bericht der Londoner „Times" haben 120 britische Geschäftsleute Leipzigs Messe besucht und Abschlüsse im Wert von zusammen nur etwa 100 000 Pfund Sterling gemacht. Am besten seien noch diejenigen auf ihre Rechnung gekommen, die Maschinen für neue im Krieg errichtete britische Industriezweige kaufen konnten. Sie hätten sich auch nicht durch den ursprünglichen Kurs von 10 bis 11 Mark für das Pfund abschrecken lassen, den die russischen Behörden festgelegt haben. Viel beachtet wurde, daß (weitgehend demontierte) Firmen mit so hervorragender Ausfuhrtradition wie Zeiß (Optik) und Schott (Jenaer Glaswaren) nur mit Erinnerungsplakaten vertreten waren, auf denen sie die Beteiligung an der Messe nach ihrem Wiederaufbau in Aussicht stellen.

Es ist sehr verdienstvoll, daß das Leipziger Messeamt mit der Frühjahrsmesse das ihr anvertraute Unternehmen, der deutschen Wirtschaft das gut ausgestattete Schaufenster zu sein, unter den heutigen schwierigen Verhältnissen weiter geführt hat. Aussteller und Besucher haben reichlich Gelegenheit gehabt, miteinander zu sprechen und notwendige Erfahrungen zu sammeln, die die Arbeit der nächsten Zeit befruchten werden.

Ruhrkohle nicht als Reparation

Neuer Förder-Rekord

HAMBURG — Ruhrkohlenausfuhren werden nach amtlicher britischer Mitteilung nicht als Reparationsleistungen verwendet. Damit wird die Behauptung widerlegt, die Ausfuhr an Ruhrkohle werde zum größten Teil an Frankreich als Reparationsleistung geliefert. Alle Kohlenausfuhren beruhen auf Wirtschaftsabschlüssen. Die erzielten Erträge werden benutzt, um die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland zu bezahlen.

Mit 235 707 t hat die westdeutsche Steinkohlenförderung am 11. 3. einen neuen Höchststand erreicht. Leider ist der Abtransport schwierig. Im Februar konnten statt 15 560 Waggons nur 9 880 gestellt werden.

Die arbeitstägliche Steinkohlenförderung stieg in Westdeutschland von durchschnittlich 211 512 t im Januar auf 227 417 t im Februar, also um 7,5 vH.

Mehr Kohlenausfuhr ab April

HAMBURG — Die Ausfuhr von Ruhrkohle wird im April geringfügig erhöht. Zurzeit beträgt die Ausfuhr 12,3 vH der Förderung. Im April soll die Ausfuhr vorerst um 50 000 t erhöht werden; für den Mai ist eine Erhöhung um weitere 150 000 t vorgesehen. Bei Anhalten der augenblicklichen Förderergebnisse von rund 230 000 t täglich wird der Export auf etwa 35 000 t am Tage, das sind etwa 15,5 vH der Förderung, ansteigen.

Fünf-Tage-Woche im britischen Kohlenbergbau

LONDON — Die Einführung der Fünf-Tage-Woche im britischen Kohlenbergbau ist beschlossen worden. Für die verkürzte Arbeitszeit wird der gleiche Lohnbetrag wie für die Sechs-Tage-Woche gezahlt. Man kam überein, daß verschleppte Personen zu den gleichen Bedingungen wie die Polen beschäftigt werden können. Die neue Arbeitsregelung bedeutet für die Bergarbeiter eine Arbeitszeit von 5 aufeinanderfolgenden Tagesschichten von je 7½ Stunden für die Untertagearbeiter vor Ort ausschließlich der Ein- und Ausfuhrzeiten, und eine Arbeitszeit von 42½ Stunden für die Übertagearbeiter. Die neue Arbeitszeit- und Lohnregelung bedeutet für die Regierung eine zusätzliche Lohnbelastung von 24 Mill. Pfund Sterling im Jahr. Die Bergarbeiter-Gewerkschaft hat sich verpflichtet, das von der Regierung für das laufende Jahr festgesetzte Fördersoll von 200 Mill. t zu erreichen.

Schweden kauft deutsche Tuche

BERLIN — Eine schwedische Handelsdelegation wird am 8. April hier erwartet, um über den Ankauf von 10 bis 20 Mill. Meter deutschen Tuches zu verhandeln. Die Delegation wird auch nach Minden gehen, um mit dem Zweizonen-Wirtschaftsamt die Modalitäten zu besprechen. — Im Wege der Lohnveredelung werden die Gummiwerke Dunlop, Hanau 21 000 Autoreifen nach Schweden liefern. Eine schwedische Firma hat die Rohstoffe geschickt.

Ausfuhrvertrag Berlin—Schweiz

BERLIN — Der erste Exportvertrag für den amerikanischen Sektor Berlins wurde von der hiesigen Zweigstelle des Export-Import-Büros abgeschlossen. Durch die Firma Zeiss-Ikon, Berlin, sollen Ende April 270 Ikon-Reflex-Kameras an eine schweizer Firma geliefert werden für einen Devisenbetrag von 12 150 Dollar.

Handelsabkommen Schweden—Tschechoslowakei

STOCKHOLM — Ein schwedisch-tschechoslowakisches Handelsabkommen sieht eine Erhöhung der schwedischen Ausfuhr besonders von Erzen, Eisen, Maschinen, Werkzeugen, chemischen Produkten, Fischkonserven und Fernsprechgerät vor. Andererseits soll die Tschechoslowakei größere Mengen Kaolin, Kleidungsstücke, Textilwaren und Glas liefern.

Frankreich steigert Warenaustausch mit Finnland

PARIS — Am 14. März ist in Paris ein französisch-finnisches Abkommen paraphiert worden. Das Abkommen, das für ein Jahr gilt, sieht eine beträchtliche Erhöhung des Warenaustauschs zwischen beiden Ländern vor. Die Hauptprodukte, die Finnland an Frankreich liefern wird, sind Schnittholz, Zellstoffplatten, Papier und Karton. Als Gegenleistung wird Frankreich nach Finnland Kunstdünger, Weine und Spirituosen, chemische Erzeugnisse, Textilwaren sowie mechanisches und elektrisches Material ausführen.

Weltabkommen über Zolltarife

Die am 8. April in Genf tagende Welthandelskonferenz soll ein allgemeines Abkommen über Zolltarife beschließen, das an die Stelle aller Handelsverträge treten soll, die bisher zwischen den Mitgliedstaaten bestehen.

5 Mill. für Nährhefe- und Eiweißgewinnung

hl. WIESBADEN — Die hessische Regierung genehmigte einen verbilligten Staatskredit von 5 Mill. RM für die Erweiterung der Erzeugung von Nährhefe und Eiweiß bei der Zellstoff-Waldhof AG. Ein privater Kredit in dieser Höhe scheiterte daran, daß seine Bedingungen die Preise für das Erzeugnis wesentlich erhöht hätten. Mit Hilfe dieses Kredits soll die Erzeugungskapazität von Nährhefe in der US-Zone von 13 000 t im Jahr auf zunächst 18 000 t und später auf 68 000 t ausgedehnt werden. Die Erzeugung beträgt in der US-Zone heute etwa 3 500 t im Jahr. Hauptproduzent ist das Werk Kostheim der Zellstoff-Waldhof AG., an zweiter Stelle steht das Werk Kelheim (Donau), an dritter das Werk in Waldhof, an vierter die Fabrik Stockstadt des Aschaffenburger Zellstoffkonzerns.

Die Holzversorgung spielt bei der Produktion von Nährhefe keine Rolle, da nur die Sulfitablauge verwendet wird. Wenn die Ernährungslage sich in den nächsten Jahren so bessern sollte, daß die Hefe keinen Absatz mehr findet, soll sie als Kraftfutter für das Vieh verwendet werden. Das Werk Kostheim der Waldhof AG. stellt eine Nährhefe mit 50%igem Eiweißgehalt her. Dieses Nahrungsmittel übertrifft damit den Eiweißgehalt von Rindfleisch, Käse und Hülsenfrüchten und wird in ihm nur von Sojamehl übertroffen. Die biologische Wertigkeit beträgt 62 bis 66 vH. Sie erreicht damit die des Muskeleiweiß und kann somit als Fleischersatz gelten. Eine Tüte Nährhefe mit 250 g enthält etwa 130 g Eiweiß und 10 g Fett.

Wenn mit Hilfe des Kredits die Nährhefegewinnung schnell vorangetrieben werden kann, wird die Nachfrage in einigen Monaten befriedigt werden können. Da am Anfang der Erzeugung die Nährhefe geschmacklich nicht befriedigte, wurde sie von vielen Hausfrauen abgelehnt. Unterdessen ist das Produkt weiter entwickelt worden und heute geschmacklich einwandfrei. An einer weiteren Qualitätssteigerung wird gearbeitet.

Neue Landesbanken für die Ostzone

„Emissions- und Girobanken" als Nachfolger der Reichsbank

Berlin — Neue Bankinstitute mit der Bezeichnung „Emissions- und Girobank" sollen nach einer Anordnung der sowjetischen Militär-Verwaltung in jedem Land der Sowjetzone gegründet werden. Die neuen Banken haben außerdem den Namen des Landes hinzuzufügen. Die neuen Institute werden auf dezentralisierter Grundlage im wesentlichen die Aufgaben der Reichsbank erfüllen. Sie erhalten kein Notenausgaberecht.

Papierindustrie in Südbaden

Die Rohstoffversorgung der südbadischen Papierindustrie ist sehr schleppend. Die „Papierfabrik Kappelrodeck Richard Lenk" könnte noch Natronzellstoff aus Schweden beziehen. Das Werk, das seine Kapazität zu 60 vH ausnutzt, erzeugt monatlich 700 t Papier. Im Drei-Schichten-System machen 95 Leute Sackpapier und Kraftpackpapier. Der größte Teil der in Papierverarbeitungsbetrieben daraus hergestellten Papiersäcke geht ins Ausland. Die Papierfabrik Schoeller und Hoesch, Gernsbach, ist das einzige Werk, das in den Westzonen noch Zigarettenpapier herstellt. Daneben werden Spezialpapiere für die elektrische Industrie hergestellt. Das Werk arbeitet mit 400 Arbeitskräften für die französische, auf dem Kompensationsweg aber auch für die anderen Westzonen.

Wirtschaft in Kürze

175 000 t Saatkartoffeln für Deutschland

Aus dem großen Überschuß der vorjährigen Kartoffelernte hat das US-Kriegsministerium 175 000 t Saatkartoffeln für Deutschland angekauft. Sobald diese Kartoffeln in Deutschland ankommen, können andere Kartoffelmengen, die vorläufig für Saatzwecke bereitgestellt worden waren, als Speisekartoffeln freigegeben werden. Außerdem werden die USA 300 000 t Kartoffeln nach Deutschland liefern.

Deutschland darf auf Walfang gehen

Wie der Ernährungminister Lübke von Nordrhein-Westfalen bekannt gab, wird Deutschland Ende 1947 mit einer kleinen Flotte auf Walfang gehen. Ein Mutterschiff wird gegenwärtig in Stand gesetzt. Norwegen wird eine Zahl kleiner Fangboote zur Verfügung stellen. Walerzeugnisse sind jedoch nicht vor 1948 zu erwarten. In nächster Zeit werden Verhandlungen mit Norwegen über eine Kompensation von Kohle gegen Walöl aufgenommen werden.

Verantwortlich f. d. Schriftleitung Dr. H. F. Geiler.
Anzeigenteil: Anni Garling — Bühler Geschäftsstelle: Hauptstr. 60. Acherner Geschäftsstelle: Hauptstr. 112.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verstand und Sitzvermögen

Kürzlich wurde Baden-Baden im Kreise eines abendlichen Dämmerschoppens in einer schwäbischen Stadt als ein typisches Beispiel zitiert. Und zwar dessen, daß dort recht wenig getan würde. Wie weit nun der gewichtige Sprecher inmitten seiner Stammtischgenossen diese Behauptung auf die Einwohner oder die Verwaltung bezog, konnte der stille Lauscher nicht mehr ganz mitbekommen. Ein Pfiff vom nahen Bahnhof zeigte nämlich an, daß sich die schwäbische Eisenbahn die Behäbigkeit ihrer Landsleute doch nicht zum Vorbild nahm und besser als ihr Ruf war. Immerhin, die Rede des Tabakkollegiumsvorsitzenden haftete. Was mag er wohl gemeint haben?

Des Menschen Natur ist nun so beschaffen, daß er nach Erklärungen sucht. Erst wenn er völlig ausreichende gefunden hat (die Frage nach falsch oder richtig kommt dabei in zweiter Linie) gibt er sich zufrieden, so auch in diesem Falle. Zuerst müßte man dabei auf die Psyche des so leichtfertig Sprechenden eingehen. Sein beträchtlicher Körperumfang ließ schon rein äußerlich vermuten, was er in Baden-Baden mit Untätigkeit bezeichnete. Mag er in diesem Falle recht haben, wir würden Meister Schmalhans lieber heute als morgen das Küchenregiment entziehen, aber leider . . . Und da zur Körperfülle neigende Menschen überwiegend ein recht bedeutendes Sitzvermögen haben, wurde die negative Einstellung noch verständlicher. Braucht man nur den gewohnten Dämmerschoppen am Stammtisch hinzuzufügen, so ist die Erklärung schon gefunden für das, was in Baden-Baden nicht getan wird — nämlich dem Müßiggang gehuldigt!

Heute ist wohl niemand weniger als ein Außenstehender in der Lage, die harten Lebensbedingungen unserer Stadt zu beurteilen. Die Vorstellungen von dem geruhsamen Kurort haften lediglich noch in den Köpfen der Ewiggestrigen, bei den Einheimischen sind sie schon längst im Branden des Verkehrs und dem harten Rhythmus der täglichen Arbeit geschwunden. Selbst jene netten Kaffees und Gasthäuser, in denen nicht nur Kurgäste sondern auch die Berufstätigen eine kleine Stunde der Entspannung fanden, gehören der Vergangenheit an. Oder etwa nicht, man redet so manches in letzter Zeit? Nun, wir lassen uns wohl alle gerne überraschen und das schwere Kreuz, das wir uns aufgeladen haben, ein wenig vergolden!

Bis dahin aber begnügen wir uns mit den schönen weißlackierten Bänken, die in den letzten Tagen allenthalben aus ihrem Wintergewahrsam wieder auftauchen und zu kurzem Verweilen laden. Zudem der Wettergott recht gnädig zu diesem Vorhaben nickt. —ö—

Beachtet die Bestimmungen über Gas- u. Stromverbrauch! Verstösse werden empfindlich bestraft.

Am Donnerstag öffentliche Stadtratssitzung

Die auf Donnerstag, den 20. März 1947, um 17 Uhr einberufene öffentliche Sitzung des Stadtrats muß wegen unerwarteter Ereignisse auf Donnerstag, den 20. März 1947, vormittags 9 Uhr, vorverlegt werden.

Ein halbes Jahr Baden-Badener Tauschzentrale

Geht man mit offenen Augen durch unsere Stadt, so findet man eigentlich nur ein Schaufenster, vor dem es sich wirklich lohnt, stehenzubleiben und das deshalb auch stets von Schaulustigen dicht umlagert ist — die Tauschzentrale in der Sofienstraße! In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie ihre Daseinsberechtigung erwiesen und erfreut sich, wie aus dem Halbjahresbericht hervorgeht, einer steigenden Beliebtheit und Inanspruchnahme seitens der Bevölkerung.

So wurden im 1. Halbjahr 6 886 Tauschobjekte eingeliefert, 2 331 Tausche durchgeführt, was einen Prozentsatz von 33,9 vH entspricht. So begrüßenswert die Einrichtung der Tauschzentrale ist, so sehr auch ihr Verschwinden. Denn das wäre das beste Zeichen für die Belebung unserer schwer darniederliegenden Wirtschaft, die durch Zonengrenzen gefesselt ist, und durch Rohstoffkredite des Auslands die nötige Steigerung der Produktion durchführen könnte. —ege—

Verein der Opfer des Nationalsozialismus gegründet

Am 13. März fand hier die Gründungsversammlung des „Verein der Opfer des Nationalsozialismus" statt. Die Anregung zur Gründung des Vereins ging vom Badischen Innenministerium aus, um die Rechte der Opfer des Nationalsozialismus wirksam in der Öffentlichkeit zu vertreten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Redakteur Winter gewählt, der den Vorsitz der Versammlung übernahm.

Der Diskussion über die Satzungen wurde ein Vorschlag der Freiburger Zentrale zugrunde gelegt. Diese von demokratischem Geiste diktierten Vorschläge wurden von der Versammlung lebhaft begrüßt. Sachlich hatte die Versammlung allerdings zu verschiedenen Punkten kritisch etwas zu bemerken. Die Kritik bezog sich vornehmlich auf den Paragraph 1 und 3 der Satzungsvorschläge: Zweck des Vereins und Mitgliedschaft. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Redaktionskommission gewählt, deren Aufgabe es ist, die Abänderungsanträge zu formulieren und sie dann erneut dem Plenum zwecks Abstimmung zu unterbreiten.

Eisenbahn braucht Arbeiter

Das Badische Wirtschaftsministerium teilt mit:

Bei allen Bahnbetrieben in der französischen Zone von Baden und Württemberg sowie bei den Ausbesserungswerken in Offenburg und Friedrichshafen besteht immer noch großer Mangel an gelernten Arbeitern, besonders Metallarbeitern, und an ungelernten Arbeitern, die in den Werkstätten zur Unterhaltung der Lokomotiven und zur Ausbesserung beschädigter Wagen dringend benötigt werden. Außerdem ist für Unterhaltung der Bahnanlagen und Wiederherstellung zerstörter Brücken und sonstiger Bauwerke noch die Einstellung einer großen Anzahl ungelernter Arbeiter bei den Bahnmeistereien erforderlich. Arbeiter, die einen neuen Arbeitsplatz suchen und sich und ihrer Familie eine sichere Lebensstellung gründen wollen, melden sich deshalb bei ihrem Arbeitsamt sofort zur Einstellung in den Eisenbahndienst. Alle Arbeiter können nach einer Probezeit in das ständige Arbeitsverhältnis übernommen werden und haben später die Möglichkeit, nach ihrer Befähigung und ihrem Willen in eine der vielen Beamtenlaufbahnen einzutreten.

Rund um den Kochtopf / Bemerkungen zur Ernährungslage

Dieser Tage hörten wir in einem Lebensmittelgeschäft eine Unterhaltung zwischen sorgenbelasteten und natürlich auch verbitterten Hausfrauen. Eine erzählte, daß sie einfach nicht mehr wisse, was sie ihren Fünf heute zum Mittagstisch vorsetzen solle. Seit bald vier Wochen seien die Kartoffeln aufgegessen, deshalb sei natürlich auch der Teigwarenvorrat von der letzten Zuteilung schon verbraucht, im Saure-Rübenständle sehe man auch schon den Boden, die täglich zur Verfügung stehenden fünf Scheiben Brot gingen für den Mann und die Kinder ja schon zum Frühstück und zum Vesper auf. Ebenso sei schon seit vier Tagen das letzte Schnippelchen Butter verbraucht. Eine Haferflockenwassersuppe und ein ungefetteter Brei aus weißen Rüben, die es vorgestern zu kaufen gab, könne sie heute kochen. Ja, und nun sei der 17. und immer noch nichts aufgerufen, wurde bemerkt.

Wie ein Fünkchen ins Pulverfaß wirkte die aufgeschnappte Mitteilung, daß es in dieser Zuteilungsperiode auch nur ein halbes Kilo Teigwaren gäbe und die gelieferten Linsen, die zur Verteilung kommen sollen, seien so schlecht, daß man sie kaum noch als menschliches Nahrungsmittel ansehen könne. Da fielen vonseiten der Frauen harte und bittere Worte und in ihrer Verzweiflung haben sie auch dummes und ungereimtes Zeug geredet. Wer kann es ihnen verübeln? Sie schlafen ein und wachen auf mit den bitteren Gedanken: „Was soll ich kochen?" Sie sehen mit wehem Herzen, wie ihre heranwachsenden Kinder mit jedem Tag spitzer und durchsichtiger werden, statt in ihrem Wachstum zu gedeihen. Sie beobachten, wie der arbeitende Mann immer elender wird — und an sich selber spüren sie, daß sie mehr und mehr die Widerstandskraft verlieren und kaum noch den vielen Pflichten der Hausarbeit gewachsen sind.

Das ist schon ein großes Elend. Und es gibt wohl keinen Einsichtigen, der das nicht klar sieht. Wir wissen und lesen es oft genug in der ausländischen Presse, daß sich auch die führenden Männer der Welt darüber keiner Täuschung hingeben. Nur dürfen wir zweierlei in der Bitterkeit der Not nicht tun. Es darf nicht Ursache und Wirkung verwechselt werden — und man darf auch nicht völlig Unbeteiligte zum Blitzableiter seiner Verzweiflungsausbrüche machen. Ursache und Wirkung? Nun, wir müssen immer daran denken, daß der Cäsarenwahnsinn jüngster deutscher Vergangenheit das Chaos in der ganzen Welt verursacht hat — und jetzt nicht nur wir, sondern auch viele anderen Völker unter den schweren Erschütterungen der ganzen Weltwirtschaft hart zu leiden haben. Wenn über diese ehrliche, anständige Einsicht hinaus dann auch ein offenes Wort zu dem gesagt wird, was im heutigen Geschehen mit gesundem Menschenverstand nicht vereinbar erscheint, darf das ruhig als Recht freier, demokratischer Meinungsäußerung beansprucht werden. Dazu gehört aber nicht zum Beispiel die in besagtem Laden von einer Frau gemachte Bemerkung, daß die in den Ämtern ja genug zu fressen hätten, denen wäre egal, wie das Volk lebe.

Das ist natürlich Unsinn. Wir dürfen nicht aus einem mal vorkommenden Fall von Untreue einer Angestellten einen verallgemeinernden Schluß ziehen. Geht man der Sache auf den Grund, findet sich eine Erklärung, gegen deren Tatbestand die verantwortlichen und sicher nicht zu beneidenden Männer der deutschen Verwaltungen machtlos sind.

Warum es diesmal nur ein halbes Kilo Teigwaren geben wird? Einfach deshalb, weil die durch den langanhaltenden Winter ausgebrochene Kohlen-, Gas- und Stromkrise auch die Teigwarenfabriken erfaßt hat, die nicht mehr soviel produzieren konnten, daß es diesmal zur bisherigen Zuteilungsmenge reicht. Und warum man „so einen Dreck von Linsen" kauft und der Bevölkerung zuteilen will? Nun, diese Linsen kommen aus der russischen Zone und werden auf Grund eines „Außenhandels"-Abkommens geliefert. Eines Tages treffen sie ein. Da gibt es natürlich keinen ehrsamen Großhändler, der wie in normalen Zeiten zum Erzeuger fährt, dort die zu kaufende Ware liebevoll auf ihre Qualität prüft und dann einen Kaufvertrag schließt. Erst recht gibts keine „Warenprobe" aus Zeiten seligen Angedenkens. Es wird halt einfach geliefert. Und wenn da nun irgendwo „im Ausland" einer sitzt, der mit dieser Lieferung ein krummes Ding gedreht hat, wer soll ihn packen? In der Zeit interzonaler Reklamationsverhandlungen könnte die Bevölkerung erst recht am Hungertuche nagen.

Diese beiden Beispiele schienen uns der Besprechung wert — weil sie darauf hinweisen, daß man um der Gerechtigkeit willen, die wir heutzutage weiß Gott bitter nötig haben, den Dingen auf den Grund gehen muß, ehe man sich willkürlich einen Sündenbock auf dem Ernährungsamt oder im Freiburger Wirtschaftsministerium sucht. Wenn bei irgendeinem Fall dort einer sitzt, soll er es gewiß in freier Meinungsäußerung so dick kriegen, wie nur möglich. Aber nur, wenn ihm eine Schuld nachzuweisen ist.

Noch ein Wort zum Kartoffelelend. Für den großen Teil unserer Bevölkerung, der seit Dezember auf die über den damals gelieferten Zentner hinausgehende Restzuteilung wartet, gibt es jetzt einen Lichtblick! Der Winter scheint glücklicher Weise jetzt endgültig vorüber. Sofort wurde vom Ernährungsamt alle Schritte unternommen, um den schnellen Antransport der Kartoffeln zu veranlassen, die seit Einbruch des harten Winters in zwei Bezirken des Hochschwarzwaldes frostsicher eingelagert werden mußten. Zum Teil sind diese Kartoffeln schon im Anrollen. Es ist also zu erwarten, daß bald mit der Ausgabe dieser kleinen Restmenge angefangen werden kann. — angesichts der Tatsache, daß wir frühestens im Juli mit den ersten neuen Kartoffeln rechnen können, wird diese restliche Ausgabe von Winterkartoffeln ja nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein und nach kurzer Galgenfrist geht das Elend weiter. Aber wir haben uns ja abgewöhnt, über den Tag hinaus zu sorgen und zu denken. So freuen wir uns, wenn bald wieder eine Schüssel voll dampfender Kartoffeln auf dem Mittagstisch steht! —Hesch—

„Badener Tagblatt" — Brücke zwischen Heimat und Kriegsgefangenschaft

Aus dem Dépôt de Prisonniers de Guerre Rivesaltes erreichte uns folgendes Schreiben:

5. März 1947.

LIEBES BADENER TAGBLATT!

Infolge des wiederholten Wechsels in der Lagerführung ist es bedauerlicherweise bisher unterblieben, Dir einmal auf das Herzlichste zu danken für die geistige Betreuung unseres Camps in der großzügigen Zuteilung unserer Heimatzeitung.

Ich schreibe mit Absicht „unsere Heimatzeitung" und will damit sagen, daß ein Großteil der 5000 unserem Camp angehörenden deutschen Kameraden der französischen Zone angehören und deshalb den Berichten der engeren Heimat stets mit besonderem Interesse folgen. Aber auch den übrigen Kameraden ist das Badener Tagblatt von wertvoller Bedeutung, zumal die Pünktlichkeit des Posteinganges der bad. Heimatzeitung den Vorzug allerneuester Nachrichten sichert, was damit Deine Nachfrage erheblich steigert und Dich beliebt macht. Nicht zuletzt soll die Reichhaltigkeit des unterhaltenden Teils anerkannt werden, wodurch zahlreiche Kameraden im äußersten Süden Frankreichs durch das ganze Jahr manche Stunde der Freude und Erholung geschenkt wurde.

Die treue, uneigennützige Hilfsbereitschaft in der schweren Zeit unserer Gefangenschaft wollen wir Dir nicht vergessen, habe aber auch Du, liebes Badener Tagblatt, das Einsehen in der Größe Deiner Aufgabe, daß Du hier notwendig bist und wir Dich auch für dieses Jahr nicht missen können!

Schiefer, Vertrauensmann.

Spielen Sie auch so gerne Radio?

Eine traurige aber wahre Begebenheit aus dem Baden-Badener Kulturleben

Manche spielen gerne Klavier oder Cello, manche dagegen Geige oder Flöte. Einige sogar wollen nur die erste Geige spielen, andere wieder sind mehr für das Blasen; ich gehöre zu jenem bescheidenen Teil der Menschheit, die schon ganz zufrieden ist, daß ihm sein Radiogerät etwas vorspielt, der „Radio spielt", indem möglichst oft eine andere Station gesucht wird, die noch bessere, noch tollere, noch ohrenbetäubendere Musik bringt.

Der geneigte Leser wird schon bemerkt haben, was für ein musikalischer Mensch ich bin . . .!!! Und weil ich die Musik und die Jugend liebe, habe ich, als ich neulich im „Badener Tagblatt" von den guten Leistungen des Jugend-Musikkreises und seinen Flöten-Nöten las nicht lange gezögert, eine Blockflöte, die irgendwo in irgendeinem Koffer lag, herauszusuchen und dem Jugend-Musikkreis zur Verfügung zu stellen. Ich war schon sehr erstaunt, daß der junge Mensch, der sich an einem Sonntagmorgen das Instrument bei mir abholte, es kaum fassen konnte, daß dafür nichts zu zahlen sei. Einige Tage danach erhielt ich dann folgenden Brief vom Leiter des Jugend-Musikkreises:

„Im Namen des Jugendmusikkreises möchte ich Ihnen hiermit den herzlichsten Dank für Ihr uns erwiesenes Interesse, mit der Stiftung Ihrer Flöte, aussprechen. Besondere Freude bereitete uns Ihr Geschenk, da Sie bis jetzt als einzige Außenstehende beim Aufbau unseres Kreises tatkräftig mitgeholfen haben, und es uns leider unmöglich war, auf irgendeine Weise Flöten zu kaufen.

Dankbarst (Unterschrift)."

Dieser Brief hat mich beschämt und erschüttert. In einer Stadt mit 30 000 Seelen gibt es doch sicher mehr Flöten, die von ihrem Besitzer nicht mehr benötigt werden, auch nicht als Tauschobjekt. Mögen sich auch an manches Instrument liebe Erinnerungen an junge Menschen knüpfen, die vielleicht heute nicht mehr unter uns sind. Würde das Andenken dieser Lieben nicht am besten lebendig gehalten, wenn ihre Instrumente in die Hände der musizierenden Jugend gelegt würden? Gewiß, viele Einwohner leben heute sehr eingeschränkt in einer Notwohnung genau wie die Schreiberin dieser Zeilen. Kleine persönliche Andenken hat sich doch noch mancher retten können. Freilich, es gehört vielleicht etwas mehr als die durchschnittliche Beweglichkeit und Elastizität dazu, solch ein Instrument nun auch herauszusuchen, um es seiner neuen Bestimmung zu übergeben.

Ich möchte doch nicht glauben, daß wir Badener so verkalkt und verknöchert sind, daß wir mit tauben Ohren an den Nöten der Jugend vorbeigehen, an Nöten, denen wir mit etwas gutem Willen abhelfen könnten. Wenn auch mein Haar langsam anfängt, weiß zu werden, ohne daß ich darum schon weise geworden wäre, so habe ich mir doch ein junges Herz bewahrt, das die Sonne liebt und das Leben, die Jugend und die Musik und alles Schöne. Und hoffentlich hat es nur dieses kleinen, herzhaften Anstoßes bedurft, um noch mehr solcher jungen Herzen aufzurufen, die unserem tapferen Jugendmusikkreis helfen werden, damit seine Flöten-Nöte flöten gehen. Oder schweigen hier alle Flöten? L. M.

Unsere Sportecke

Rastatts knappe Niederlage

Die Spiele der Zonenliga

Gruppe Süd:

Sp.Gde. Friedrichshafen — SV Rastatt 5:4.
SV Reutlingen — VfL Konstanz 5:2.
VfL Freiburg — SV Biberach 9:1.

SV Reutlingen — VfL Konstanz 5:2 (2:0)

In der Gruppe Süd erzielte der SV Reutlingen gegen den VfL Konstanz einen Sieg, der in dieser Höhe allerdings zu hoch ausfiel. Bei den Einheimischen bewährte sich eine neue Aufstellung.

VfL Freiburg — SV Biberach 9:1 (2:1)

Bei beiderseits sehr schwachen Leistungen siegten im Spiel der Tabellenletzten die Einheimischen unverdient hoch. Bei den Gästen war die Verteidigung mehr als schwach.

Sp.Gde. Friedrichshafen — SV Rastatt 5:4 (1:1)

Zu einem torreichen Spiel kam es in Friedrichshafen. Nach einer 3:2-Führung der Einheimischen konnte Rastatt in den letzten Minuten auf 5:4 aufholen. Damit bleibt Friedrichshafen weiter als einzige Mannschaft der Südgruppe ungeschlagen.

Die badische Oberliga

Staffel West:

Riegel — Oberkirch 3:4.

Staffel Ost:

Neustadt — Radolfzell 1:1, Gottmadingen — Donaueschingen 1:5, Villingen — Rielasingen 10:0.

Staffel Süd:

Weil — Rheinfelden 0:3, Turmringen — Zell 3:0, Fahrnau — Wehr 1:1, Wyhlen — Schopfheim 2:1, Istein — Waldshut 3:0.

Wechselvolle Spiele in der Südd. Oberliga

Phönix Karlsruhe — VfR Mannheim 1:1; VfL Neckarau — Bayern München 4:3; Eintracht Frankfurt — FC Schweinfurt 1:1; FC Bamberg — FSV Frankfurt 2:1; 60 München — Schwaben Augsburg 1:1; Stuttgarter Kickers — Spielvereinigung Fürth 5:0; 1. FC Nürnberg — SV Waldhof 5:1; BC Augsburg — Kickers Offenbach 2:1; Viktoria Aschaffenburg — Karlsruher FV 6:4 (3:0). Spielfrei waren VfB Stuttgart und TSG Ulm.

Fußball der Besatzungsmacht in Baden-Baden

Stade Français — Q. G. (Zonenauswahl) 1:4 (1:1)

Sein letztes Trainingsspiel vor der großen Begegnung mit der Stadtelf Luxembourg (mit 3 Internationalen!) bestritt der Stade français gegen eine Zonenauswahl der Armee. In einem äußerst harten Kampf, in dem Stade durch einige Verletzungen sehr gehandicapt war, blieb die Armee deutlicher 4:1-Sieger. In unserer Sonnabend-Ausgabe werden wir die Namen der Luxembourger Auswahl-Elf veröffentlichen.

Die Spiele der Bezirksklasse

Bühl—Leiberstung 3:3 (1:1), Kuppenheim—Gaggenau 3:0 (2:0), Söllingen—Iffezheim 3:2 (1:1), Bietigheim—Au a. Rh. 0:2 (0:2), Kappelrodeck—Sandweier 3:1 (1:1), Achern—Illingen 7:0 (3:0).

Die Bühler Platzherren konnten für die Niederlage in Leiberstung nur teilweise Revanche nehmen und mußten sich gegen die eifrigen Gäste aus Leiberstung mit einem 3:3 begnügen.

Kuppenheim enttäuschte seine Anhänger sehr durch ein ideenloses Spiel ohne jeden Zusammenhang. Allerdings verlor Kuppenheim schon bald seinen rechten Läufer Warth infolge einer alten Verletzung. 2 Tore vor und 1 Tor nach der Halbzeit — jeweils durch Stahlberger — stellten den Sieg sicher. Gaggenau verdient ein Gesamtlob. Besonders der Torwart ist hervorzuheben, der durch prächtige Leistungen auffiel. Schiri Greiser-Rotenfels war wie immer umsichtig und korrekt.

Auf eigenem Platz gab Söllingen schon immer den Beweis seiner Gefährlichkeit. Auch am Sonntag mußten die sympathischen Gäste aus Iffesheim mit 2:3 Sieg und Punkte lassen, nachdem der 1:1 Halbzeitstand noch alle Möglichkeiten offen ließ.

Ganz allgemein betrachtet, bedeutet der 2:0 Erfolg von Au a. Rh. in Bietigheim eine beachtliche Leistung, fielen doch gerade die Platzherren in den letzten Wochen durch schöne Ergebnisse auf. Der Sieg von Au stand schon bei Halbzeit fest.

Kappelrodecks 3:1-Sieg über Sandweier brachte diese Elf auf den 3. Tabellenplatz. Es gab diesmal einen harten Kampf um Sieg und Punkte und nachdem man beim 1:1 die Seiten wechselte, gelangen den Platzherren noch 2 Erfolge.

Achern unterstrich seine Meisterschaftsansprüche durch einen bombigen 7:0 Sieg gegen Illingen, das sich ebenfalls noch im geheimen zu den Kandidaten zählte. Die Überlegenheit der Gastgeber war nie in Frage gestellt und der anfängliche 3:0 Führung wurden nach dem Wechsel 4 weitere Treffer zugefügt. Die äußerst faire Spielweise der Gäste wurde besonders gelobt.

Schwarzwald-Meisterschaften der alpinen Kombination auf dem Feldberg

Im Feldberggebiet trafen sich zum ersten Male nach dem Kriege die Schwarzwälder Skisportler, um ihre Meisterschaften in den alpinen Wettbewerben auszutragen. Bei günstigen Schneeverhältnissen fanden sich beim Start zum Abfahrtslauf etwa 100 Teilnehmer ein, wobei naturgemäß diesmal die Freiburger dominierten, die bemüht sind, ihre Vormachtsstellung, das Erbe der Geschwister Cranz, wieder zu erringen. Dabei stand bei den Frauen Hildesuse Gärtner, die ewige Zweite hinter ihrer Cousine Christel Cranz von ehedem, im Vordergrund, gleichzeitig rückte ihre jüngere Schwester Helga als weiteres Mitglied der Skifamilie in den Vordergrund.

Bei den Männern haben sich die „Alten", wie Dr. Stober, Romminger, und wie sie alle heißen, zurückgezogen und haben dem Nachwuchs, der teils im Kriege groß wurde, oder sich jetzt in den Vordergrund schiebt, Platz gemacht.

Für die Abfahrt war eine jener Strecken vom Bismarckturm zum Feldsee ausgewählt worden, die vielen bekannt und stets ob ihrer Tücken gefürchtet ist. Selbst die Bayern hätten sich hierbei schwer ins Zeug legen müssen, um bestehen zu können, denn nicht große freie wellige Hänge zeichneten den Kurs aus, sondern es war eine verzwickte Piste mit gefährlichen Steilhängen im Wald, die durch die Wetterein flüsse der Tage vorher nicht gerade besser geworden war. Nur wenige Teilnehmer kamen ohne Sturz hindurch.

Es gab in beiden Disziplinen, vor allem bei den Männern, großartige Positionskämpfe, wobei erst die letzten Durchgänge jeweils die Entscheidung brachten.

Bei den Frauen zeigte sich Hildesuse Gärtner ihren Konkurrentinnen haushoch überlegen.

Ergebnisse:

Kombinationssieger und Schwarzwaldmeister: Männer:

1. Claus Mölders, Skigilde Feldberg, 5:26,1 Minuten; 2. Dr. Sepp Nagel, Skigilde Feldberg, 5:33,5 Minuten; 3. Dr. Friedel, Skigilde Feldberg, 5:45,7 Minuten.

Frauen:

1. Hildesuse Gärtner, Skigilde Freiburg, 5:48,8 Minut.; 2. Helga Gärtner, Skigilde Freiburg, 7:07,3 Minuten, 3. Luise Friedel, Skigilde Freiburg, 8:34,2 Minuten.

Abfahrtslauf Männer:

1. Claus Mölders, Skigilde Feldberg, 3:24,2 Minuten, 2. Dr. Nagel, Skigilde Feldberg, 3:31,2 Minuten, 3. Dr. Friedel, Skigilde Feldberg, 3:36,3 Minuten.

Frauen:

1. Hildesuse Gärtner, Skigilde Feldberg, 3:40,4 Minut., 2. Helga Gärtner, Skigilde Feldberg, 4:49,2 Minuten, 3. Luise Friedel, Skigilde Feldberg, 5:33,2 Minuten.

Mannschaftswertung:

1. Skigilde Feldberg (1. Mannschaft) 16:45,3 Minuten, 2. Skigilde Feldberg (2. Mannschaft) 18:28,8 Minuten, 3. SV Saig, 21:27,9 Minuten.

Eine aus 2 Damen und 3 Herren bestehende Mannschaft des Ski-Club Baden-Baden nahm ebenfalls an diesen Meisterschaften teil. Trotz den im Vergleich zu den Einheimischen geringen Trainingsmöglichkeiten gelang es unserer Mannschaft, beachtliche Erfolge zu erzielen und sich zum Teil mit in die vorderen Plätze einzureihen. Überhaupt sind die Erfolge der Nordschwarzwälder Abfahrtsläufer bei den diesjährigen alpinen Skimeisterschaften besonders auffällig. Es gelang ihnen nicht nur mit dem für die Ski-Gilde Feldberg startenden Offenburger Mölders zum ersten Mal den Meister zu stellen, sondern auch mit den Bühlertäler- und B.-Badener Läufern für die Südschwarzwälder Abfahrtsspezialisten eine beachtliche Konkurrenz aufzustellen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Karl H. Sroka:

Die geistigen Kräfte des Kindes

Wir betrachten das Kind gern als einen Erwachsenen in Kleinformat. Es ist aber eine ebenso alte wie unrichtige Ansicht, daß Kinder Erwachsene in Miniaturausgabe sind, daß sie dieselben geistigen Fähigkeiten besitzen wie die ausgewachsenen Menschen — nur, daß diese Fähigkeiten im Verhältnis zu dem jeweiligen Alter des Kindes eben entsprechend gestaffelt sind. Diese Meinung ist sicher sehr unrichtig, die moderne Forschung sagt uns vielmehr, daß das Kind sowohl in geistiger wie in körperlicher Hinsicht so sehr vom Erwachsenen unterschieden ist, daß wir die Kinder als Menschen einer durchaus anderen Art betrachten und auch beurteilen müssen.

Aus dieser Tatsache sollten wir Erwachsene, die wir als Eltern, als Lehrer, Ärzte oder sonstwie mit der kindlichen Formung und Erziehung in Verbindung stehen, unsere Schlüsse für unser eigenes Verhalten dem Kind gegenüber ziehen.

Eine Eigenschaft des Kindes, die uns allen wohl des öfteren Kummer macht — vielleicht übertreiben wir da mitunter sehr und sagen: wir verzweifeln manchmal fast darüber — ist, daß ein Kind so schrecklich schwer stillsitzen kann. Wie oft reden wir ihm zu, reden ihm gut zu, versprechen ihm dieses und jenes Gute und Schöne, drohen ihm aber auch mitunter und gehen vielleicht nicht so selten auch über die bloße Drohung hinaus indem wir zuschlagen. Doch: es hilft ja alles nicht viel, jedenfalls nicht auf die Dauer. Im Augenblick ist freilich etwa Beruhigung eingetreten, aber das gesunde Kind vergißt schnell, vergißt in dieser Hinsicht Rücksicht und mitunter seine Liebe zu den Eltern, und die alte Unruhe herrscht erneut im Haus, wenn das Kind die Augen des Erwachsenen nicht mehr auf sich ruhen fühlt. Wenn wir jetzt die elterliche oder erzieherische Autorität hervorkehren und das Kind strafen, weil wir glauben, daß das Kind aus purem Übermut oder Ungehorsam so handelt, so gehen wir — wie bereits angedeutet — von falschen Voraussetzungen aus.

Wir müssen vielmehr wissen, daß ein Kind — und besonders natürlich ein ganz junges Kind — auch wenn es gut entwickelt ist, auf Grund der bei ihm noch nicht voll ausgewachsenen Nervenbahnen zwischen Rückenmark und Großhirnrinde und wegen der noch nicht voll tätigen Hemmungszentren in der Großhirnrinde, gar nicht in der Lage sein kann, alle Beschäftigungen in Ruhe und Beherrschtheit auszuführen, so wie dies ein Erwachsener zu tun pflegt.

Über die Bedeutung der Hemmungszentren in der Großhirnrinde soll zum besseren Verständnis gesagt sein, daß beispielsweise Alkoholgenuß verschiedene dieser Zentren lähmt und somit der hemmende und damit ordnende Einfluß dieser Zentren in Fortfall kommt, was — wie wir ja alle wissen — zur Folge hat, daß wir uns dann lauter, ungenierter und unruhiger betragen, ja, betragen müssen, als wir dies in normalem Zustand zu tun pflegen.

Die moderne Pädagogik hat aus diesem Wissen den einzig möglichen Schluß gezogen. Sie hat erkannt, daß nämlich ein Kind, je jünger es ist, umso schlechter stillsitzen, umso weniger geordnet sich betragen kann, und daß es somit gegen die Natur ist, wenn wir es zum Stillsitzen und unbedingten Gehorsam zwingen. Deshalb hat die moderne Schulwissenschaft ja auch die Forderung aufgestellt, den Schulunterricht wenigstens der ersten Schuljahre im Freien, wo ein Kind seinem natürlichen Drang nach Bewegung mehr nachkommen kann, durchzuführen. Da wir jedoch mit unseren Zukunftsplänen in der Jetztzeit mit den Füßen auf der Erde bleiben müssen, wird der Schulunterricht in dieser Form, der schon schöne Ansätze zeigte, für die nächste wohl doch noch ein Traum bleiben müssen.

Oder könnte nicht gerade aus der grausigen Not der zerstörten und für moderne Zwecke beschlagnahmten Schulzimmer wenigstens für den Sommer die Tugend der modernen Pädagogik, der Unterricht im Freien, zum mindesten teilweise Gestalt und Erfüllung gewinnen?

„Eurydike" in Mainz

Es war ein glücklicher Griff der Mainzer Bühne, Jean Anouilhs modernes Schauspiel „Eurydike" auf die Bretter zu bringen. Anouilh hat zwei Weltanschauungen, die an sich zeitlich weit auseinanderliegen, mit dem Zeitraffer des modernen Theaters zusammengeführt und so eine neuartige Synthese geschaffen, die zwar nicht als absolut und gemeingültig, aber doch als ein Leitfaden heutiger Auffassungen vom Leben und von der notleidenden Menschheit gewertet werden darf.

Es bleibt die Frage, ob es nicht doch vermessen erscheint, eine göttlich reine Seele einem profanen Körper einzuhauchen, ob es nicht ein gewagtes Experiment ist, Mythologie mit skrupellosem Naturalismus, Gedanken reinster Menschlichkeit mit nüchternen, objektivistischen Ideen von Durchschnittsmenschen zu verbinden. Zweifellos schlägt der Dichter die zarten Saiten des Humanismus an und versucht, die Welt des Heute durch einen Beweis aus dem Gegenteil auf ihre Schattenseiten aufmerksam zu machen. Aber er stellt dabei These und Antithese so diametral gegenüber, daß sich kaum eine zusammenfassende, Klüfte überbrückende Synthese für unsere Zeit aufstellen läßt. Dennoch ist das Werk reich an poetischen Schönheiten, die wieder mit vielem versöhnen können. Es ist ein Werk, das seinen Meister lobt.

Anouilh hat das Prinzip der griechischen Göttersage von Orpheus und Eurydike beibehalten. Er hat die mythische Legende neu übertüncht und an Stelle des Lebens den Tod, in seltsamer Inkarnation, in den Vordergrund der Handlung gestellt. Das Preislied auf das vorzeitige, frühe Sterben übertönt den Gesang des Lebens. Und darin liegt die Weltanschauung des Dichters begriffen, daß er die Läuterungen des Menschen, den Weg zur reinen Humanitas, erst durch den Tod sieht.

Das Mainzer Theater war der Anouilhschen Dichtung ein vorzüglicher Interpret. Intendant Dr. Dollinger führte Regie und vermittelte eine dem Mystischen abseitige, lebensechte Wiedergabe des Werkes. In den Hauptrollen zeigten Hildegard Wahry (Eurydike), Egon Müller-Franken (Orpheus), Max Noack (der Tod) und Julius Kandels (Orpheus Vater) bestes Theater. MR.

Frühling im Krankenzimmer

Inge Karsten, unsere geschätzte Mitarbeiterin, wird uns und ihrer Arbeit seit Wochen durch Krankheit ferngehalten. Sie hat uns nun diese Verse geschickt, und mit ihrer eigenen Zuversicht auf Genesung verbinden wir unsere herzlichen Wünsche auf baldiges neues Zusammenwirken.

Schneeglöckchen traten heut in meinen Raum.
Sie brachten mir des Frühlings erste Grüße.
Ein holdes Wunder tat sich auf,
Vor dem ich still die Augen schließe.
Ich schlafe selig ein in dem Geläut
Und fühle langsam mich genesen.
Ach — alles was dahinter liegt
Scheint nur ein böser Traum gewesen.

Inge Karsten

„Basic English"

Seit einigen Jahren wird in England viel von der von einem früheren Studenten der Universität Oxford, Ogden, erfundenen Universalsprache „Basic English" geredet.

Beim „Grund-Englisch" handelt es sich nicht um eine neue oder aus den Vokabeln mehrerer Sprachen zusammengesetzte Sprache, sondern, wie sein Name sagt, um ein vereinfachtes Englisch. Das geht schon daraus hervor, daß es anstelle der 414 825 Vokabeln des Oxford-Englisch Dictionary nur deren 850 verwendet. Bisher sind schon 2200 Bücher in diesem rudimentären Englisch veröffentlicht worden, zum größten Teil Lehrbücher, aber auch „Übersetzungen" bekannter Werke der schönen Literatur.

Das englische Parlament hatte schon im Jahre 1944 einen besonderen Ausschuß ernannt, der das Basic English auf seinen praktischen Wert zu prüfen hatte. Anscheinend ist das Gutachten günstig ausgefallen, und es ist damit zu rechnen, daß man in nächster Zeit häufiger noch als bisher davon hören wird.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Lebensmittelaufruf

Für die 3. Dekade der 23. Zuteilungsperiode (21. 3. — 31. 3.) wird wie folgt aufgerufen: S3032

Brot:

Karte E, Karte Jgd 2, Karte Jgd 1	2750 g —	auf Abschnitt 8 — 1500 g auf Abschnitt 9 — 1250 g
Karte K 2	2200 g —	auf Abschnitt 8 — 1000 g auf Abschnitt 9 — 1200 g
Karte K 1	1375 g —	auf Abschnitt 5 — 750 g auf Abschnitt 6 — 626 g
Schwerarbeiter		
Gruppe I	550 g —	auf Abschnitt 25
Gruppe II	1375 g —	auf Abschnitt 25 — 500 g auf Abschnitt 26 — 875 g
Gruppe III	2475 g —	auf Abschnitt 25 und 26 je 1000 g auf Abschnitt 27 — 475 g
Werdende Mütter		
	550 g —	auf Abschnitt 10
Brotkarte für Voll-Selbstversorger		
	4000 g —	auf Abschnitt 57 — 60 je 1000 g

Fleisch:

Karte E	190 g —	auf Abschnitt 16, 17, u. 18 je 50 g auf Abschnitt 23 — 40 g
Karte Jgd 2	250 g —	auf Abschnitt 21, 22, 23 je 50 g auf Abschnitt 24 — 100 g
Karte Jgd 1	100 g —	auf Abschnitt 16 und 22 je 50 g
Karte K 2	100 g —	auf Abschnitt 15 und 21 je 50 g
Karte K 1	100 g —	auf Abschnitt 9
Schwerarbeiter		
Gruppe I	50 g —	auf Abschnitt 17
Gruppe II, Gruppe III	260 g —	auf Abschnitt 29, 30 u. 31 je 50 g auf Abschnitt 32 — 110 g
Werdende Mütter		
	60 g —	auf Abschnitt 12

Baden-Baden, den 19. März 1947

Der Oberbürgermeister — Ernährungsamt

Am Donnerstag, den 20. März 1947, von 8—11 Uhr, wird auf der Städt. Freibank für die noch nicht belieferten Buchstaben N—O Fleisch ausgehauen. Preis und Markenabgabe wie bisher. Haushaltkarte ist als Ausweis und zur Abstempelung vorzulegen. Bereits abgestempelte Haushaltkarten werden nicht beliefert und zurückgewiesen. S 3036

Städt. Schlachthofdirektion

Die im Monat Oktober 1946 auf die Karte der 18. Zuteilungsperiode vorbestellten 10 g Nähmittel pro Kopf der Bevölkerung werden ab Samstag, den 22. 3. 1947 zur Verteilung aufgerufen, und zwar nach Buchstaben wie folgt: A—F Samstag, 22. 3., G—K Montag, 24. 3., L—M Dienstag, 25. 3., N—R Mittwoch, 26. 3., S—Sch—St Donnerstag, 27. 3., T—Z Freitag, 28. 3. 1947. S 3014

Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Oktoberlebensmittelkarten 1946, auf der die Vorbestellung vermerkt ist, und des Abschnittes K 1 Nr. 20, K 2, Jgd. 1, Jgd. 2, E Nr. 41, Vollselbstversorger Nr. 9 der 23. Zuteilungsperiode.

Verbraucher, welche die Vorbestellkarten nicht mehr besitzen oder die Vorbestellung versäumten, können erst ab Samstag, den 29. 3. 1947 beliefert werden.

Städt. Wirtschaftsamt, B.-Baden

Betr. Gemeinschaftsverpflegung

Die Ausgabe der Gaststättenkarten für die Zeit vom 31. 3. 1947 bis 27. 4. 1947 erfolgt durch die Kreisgeschäftsstelle für das Hotel- und Gaststättengewerbe, Lange Straße 47 II, jeweils am Donnerstag, den 27. 3. 47 für die Buchstaben A—L, Freitag, den 28. 3. 47 für die Buchstaben M—Z.

Die Zulassung kann nur erfolgen, wenn eine Bescheinigung beigebracht wird, aus der hervorgeht, daß 1. die betreffende Person ganztägig berufstätig ist und keine anderweitige Verpflegungsmöglichkeit hat (Ausstellung der Bescheinigung durch den Arbeitgeber und Bestätigung durch den Zimmervermieter); 2. die betreffende in Miete wohnende Person keine Kochmöglichkeit besitzt (Ausstellung der Bescheinigung durch den Zimmervermieter).

Unwahre Angaben sind strafbar

Die Gaststättenkarten sind persönlich abzuholen. Die bisherigen Gastsättenkarten sind mitzubringen, ebenso der Personalausweis. Gebühr 50 Pfg. Die Stammabschnitte der Gaststättenkarten sind aufzubewahren und bei Verfall in der betreffenden Gaststätte abzugeben. Gäste, welche vor Beendigung der Kartenperiode verreisen, haben bei der Abmeldung auf dem Ernährungsamt die Gaststättenkarten mitzubringen (Reisemarken).

Um pünktliches Einhalten der Ausgabetage wird gebeten. Die Abgabe folgender Lebensmittelmarken wird verlangt: 125 g Kartoffeln täglich, 5 g Fett täglich. Der Umtausch der Reisemarken erfolgt auf dem Ernährungsamt, Zimmer 9. Ohne Markenabgabe keine Gemeinschaftsverpflegung.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach der städtischen Bauordnung jeder Hauseigentümer in Baden-Baden verpflichtet ist, an seinem Gebäude eine gut leserliche Hausnummertafel anzubringen.

Fehlende oder unleserliche Nummernschilder sind umgehend durch neue zu ersetzen.

Soweit der Vorrat reicht, können Hausnummertafeln, sofern sie nicht vom Hauseigentümer selbst beschafft werden, vom städtischen Vermessungsamt, Sophienstraße 1 (Palais Hamilton) gegen Gebühr bezogen werden.

Baden-Baden, den 15. März 1947.

Der Oberbürgermeister — Städt. Vermessungsamt

Volksabstimmung über die Bad. Verfassung

Die Wahlkartei (Wählerliste) für die bevorstehende Volksabstimmung über die Badische Verfassung wird gemäß Anordnung des Bad. Ministeriums des Innern — Franz. Besatzungsgebiet — in der Zeit vom 21. März bis 30. März 1947 in der städt. Wahlkanzlei, Rathaus Zimmer Nr. 54 öffentlich ausgelegt. Jedermann ist zur Einsichtnahme berechtigt an Werktagen von 8—12 und 14—17 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr.

Jeder Stimmberechtigte, der die Wahlkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist (Sonntag, den 30. März 1947) beim Oberbürgermeister schriftlich anzeigen oder bei der Wahlkanzlei zur Niederschrift geben; soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er dafür Beweismittel beizubringen. Nach Ablauf der Auslegungsfrist ist ein Einspruch nicht mehr zulässig. S 3013

(Im übrigen verweisen wir auf die bereits veröffentlichten Wahlbestimmungen im BT. vom 8. 3. 1947).

Abstempelung der Meldekarten

für das bei der französischen Besatzungsbehörde beschäftigte und vom Requisitionsamt (Lohnbüro) bezahlte deutsche Personal. S 2964

Die Abstempelung der Meldekarten für den Arbeitseinsatz von den Popots, Hotels und sonstigen Dienststellen sowie das Hauspersonal erfolgt an folgenden Tagen unter Vorlage der für März ausgefüllten Lohnliste. Für das Hauspersonal in französischen Haushaltungen ist die Vorlage der mit März ausgefüllten Arbeitsliste (Borderau de Travail) zur Abstempelung erforderlich.

Donnerstag, 20. 3. 1947 bis einschließlich Mittwoch den 26. 3. 1947, vormittags von 1/2 9—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr

Der Oberbürgermeister — Requisitionsamt (Lohnbüro)

Timbrage
des fiches d'annonce du personnel allemand

occupé auprès des autorités françaises et payé par le Service de Réquisition (Requisitionsamt — Lohnbüro).

Le timbrage des fiches d'annonce pour le personnel des popotes, hôtels et d'autres Services, ainsi que pour le personnel de ménages français aura lieu sous présentation des bordereaux de travail, remplis pour le mois de février aux jours suivants:
de jeudi le 20. III. à mercredi le 26. III. 1947 inclus de 8.30 à 12.00 heures et de 14.00 à 17.00 heures.

Le Maire — Requisitionsamt (Lohnbüro)
(Service de Réquisition — Salaires).

Gas- und Stromverbrauchs-Einschränkung

Zu den Normal-Verbrauchssätzen können bewilligt werden:

Zusätzliche Gasmengen: Für Kranke (nur auf Grund einer ärztlichen Verordnung) 15 cbm, für werdende Mütter im Monat der Niederkunft (gegen Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung) 10 cbm, für Kinder im 1. Lebensjahr entweder 15 cbm Gas oder 15 kWh Strom, für Kinder im 2. und 3. Lebensjahr entweder 6 cbm Gas oder 15 kWh Strom (gegen Vorlage der Geburtsurkunde). Zuteilungen von Zusatzgas für Kranke und werdende Mütter im Monat der Niederkunft können nachträglich für eine zurückliegende Zeit nicht gewährt werden. Sie müssen stets vor Ablauf des Verbrauchsmonats genehmigt sein.

Zusätzliche Strommengen: Für Kranke (nur auf Grund einer ärztlichen Verordnung) wird die Bewilligung durch die Stadtwerke festgesetzt. Für jedes Kind unter 3 Jahren (gegen Vorlage der Geburtsurkunde) 15 kWh, oder die vorgesehene Menge Gas. Für Bewohner von Kellerräumen ohne Tageslicht pro Monat und Haushalt 12 kWh Strom (entsprechende Anträge sind mit glaubhaften Unterlagen dem Lieferwerk vorzulegen). Für Ärzte und Zahnärzte, welche elektrische Spezialgeräte benützen, 150 kWh monatlich, ohne elektrische Spezialgeräte 50 kWh monatlich. Für Kühlschränke während der Monate Juni bis einschließlich September pro Monat 50 kWh Strom. Abnehmer, die Kühlschränke in Betrieb zu nehmen beabsichtigen, haben ihr Versorgungsunternehmen hiervon zu unterrichten. Für Handwerk und Handel können in besonders begründeten Ausnahmefällen kurzfristig bemessene Sonderzuteilungen erfolgen. Anträge hierauf müssen schriftlich eingereicht werden. Dienststunden von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr. S 2948

Stadtwerke Baden-Baden, Waldseestraße 24

Die Bekanntmachung über die Aktien der Jugoslawischen AG., die durch die Jugoslawische Militär Mission in Baden-Baden veröffentlicht wurde, wird hiermit als ungültig erklärt. S 3033

Alle Jugoslawen die vor dem 6. April 1946 nach Deutschland gekommen sind, sollen sich bei der Jugoslawischen Militär Mission in Baden-Baden, Waldstraße 6 melden, zwecks Neuausstellung der Pässe. 2 Bilder und alte Pässe sind mitzubringen. S 3034

Jugoslawische Militär Mission

GOTTESDIENSTE

Evangelische Landeskirche. Donnerstag, 20. März 1947: Altstadt: 20.00 Uhr Vortrag von Superintendant Lic. Dr. Harder-Berlin über „Bekennende Kirche in Norddeutschland", im Gemeindehaus. Oos: 19.30 Uhr Bibelstunde im Gemeindch. Freitag, 21. 3. 1947: Altstadt: 20.00 Uhr Vortrag im Gemeindehaus von Bundeswart des CVJM Peter Jäger: „Von der wahren Kirche". Samstag 22. März 1947: Altstadt: 20.00 Uhr Vortrag im Gemeindehaus von Bundeswart des CVJM Peter Jäger: „Von der wahren Freude".

Wir grüßen als Verlobte
MARTHA FAULSTICHT
HERMANN SÖHNLE
Baden-Baden 19. März 1947

Frau Anna Hornung, Witwe, gest. am 16. 3. 47 im Alter von 67 Jahren. In tiefer Trauer: Karl Hornung und Frau mit Kind Wernerle, Emil Hornung und Frau, Maria Albrecht, geb. Hornung, Emil Albrecht, z. Zt. franz. Gefangenschaft, Christel und Doris, sowie Verwandte, Rheinstr. 103. Beerdigung am Mittwoch, 19. 3. 47, nachmittags 4 Uhr von der Friedhofkapelle Baden-Oos aus. S 2989

Für erwiesene Anteilnahme danken

Margarete Sommer u. Angehörige S 3037

Frieda Fritz, geb. Gaiser, Baden-Oos, Sinzheimer Str. 24. S 2467

Max Kamm, Oberreg.-Rat a. D., Ebersteinstraße 17. S 2900

GESCHÄFTLICHES

Bestellen Sie sofort den ABC-Wirtschaftsmarkt, Informations- und Nachrichtenblatt für Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft. Erscheint wöchentlich, Jahresabonnement 52 RM und Zustellgebühr. Josef Schaufler, Rastatt (Baden), Augustastraße 41. 2972

Bestellen Sie sofort die Fachzeitschrift Erde und Ernte, Erwerbsgartenbau, erscheint 14tägig zum Jahresabonnement von 8 RM einschließlich Zustellgebühr. Josef Schaufler, Rastatt, Augustastraße 41. 2973

Heimarbeit von beingelähmtem Kaufmann dringend gesucht. Angebote unter S 2843 an das BT.

Abfüllbetrieb mit Niederlassungen in der amerik. u. franz. Zone übernimmt Lohnabfüllung von Lebensmitteln, kosm. Erzeugnissen u. anderer Artikel. Abfüll- und Mischmaschinen vorhanden. Versand an Abnehmer möglich. Robert Klingel, Calmbach (Wttbg.) C 3. S 785

Bekantmachung. Wir bringen hiermit unseren Schülern zur Kenntnis, daß wir unsere autorisierte Berlitz Sprachschule The Berlitz School of Languages Eigentümer und Direktor Jean Dieterich wieder nach Düsseldorf verlegt haben. Briefanschrift: Düsseldorf, Roß-Straße 11. S 2764

Stempel für Geschäft und Privat aller Art liefert Josef Schaufler, Rastatt, Augustastraße 41. 2974

Suche einen Herrn mit Gewerbeschein zwecks Gründung einer Firma. Angebote unter S 2870 an das BT.

Übersetzungen, franz. u. engl., zuverläss., durch Akadem. Schrimpf, B.-Baden, Falkenstr. 6. S 2840

Auskunft erbeten über

Lt. Kappenberg, fr. Schirrmeister, od. wer die Adresse weiß, schreiben Sie unter Nr. 2852 an das BT. Sie erhalten für Sie wichtige Nachrichten.

Welcher Kamerad war im Lager Pubawy bei Charkow April 45 und kann Auskunft geben über den San. Gefr. Franz Wernet, 40 J. alt und war Stalingradkämpfer. Auskunft erbeten an Franz Wernet, Ludwig-Wilhelm-Platz 5, B.-Baden. S 2923

WOHNUNGSMARKT

Wohnungstausch Baden-Baden nach Karlsruhe ges. Ausk. erteilt Fr. Leyerer, B.-B., Sofienstr. 38a. S2920

Möbliertes Zimmer für Wochenendaufenthalt in Baden-Baden oder näh. Umgebung für längere Dauer gesucht. Zeitgem. Vergütung. Angebote unter S 2940 an das BT.

MIETE — PACHT

Garten oder Gartenanteil zu pachten oder kaufen gesucht. Angebote unter S 2945 an das BT.

Der Futterertrag einer Wiese oder eines Obstgartens in Baden-Oos od. Baden-Baden zu pachten gesucht, evtl. gegen Arbeitsleistung. Angebote unter S 2828 an das BT.

Stutzflügel oder Klavier, gut erhalten, bei bester Pflege zu mieten gesucht. Mietpreis nach Vereinbarung. Eilangebote unter S 2901 an das BT.

HEIRATEN

Auch Sie können sich glücklich verheiraten — einheiraten durch „Vermittlungsdienst" Frau Berta Laib, Offenburg, Glaserstr. 5. — Gegr. im Jahre 1929. Sprechstunden tägl. auch sonntags. S 2434

Geschäftsinhaber, 59 J., Witwer, mit Haus- u. Grundbesitz, vermögend, sucht geb. Frl. oder Wwe. bis 55 zw. vorerst gemeins. Gedankenaustausches kennen zu lernen. Zuschriften unter S 2860 an das BT.

Schwede, 35 Jahre, aus guter Familie, weltgereist, wünscht gebildete Dame aus guten Verhältnissen zwecks Heirat kennenzulernen. Nur ernstgemeinte Zuschriften uter S 2941 an das BT.

STELLEN-ANGEBOTE

Spediteur, mit Schiffahrtsfragen vertraut und französischen Sprachkenntnissen gesucht. Außenhandel-Zentralamt Baden-Baden, Stefanienstraße 10. S 2981

Das Städt. Bestattungsamt stellt eine Leichenfrau zum Anziehen v. weiblichen Leichen ein. Bewerberinnen wollen sich auf dem Rathaus — Zimmer 46 — melden. S 3029

Schreibhilfe, möglichst mit Kenntnissen im Bürodienst, zum alsbaldigen Eintritt gesucht. S 2890
Stadtjugendamt.

Frz. Dienststelle sucht Sekretärin mit guten frz. Sprachkenntnissen und perfekt in allen Büroarbeiten. Angebote unter S 2907 an das BT.

Französische Familie sucht für 3 Stunden täglich Mädchen oder Frau aus guter Familie. Nähkenntnisse erwünscht. Angebote unt. Nr. S 2916 an das BT.

Die Stelle des Vorstandes des Stadtbauamtes Baden-Baden ist neu zu besetzen. Bewerber mit abgeschlossener Hochschulbildung, mit Erfahrungen im Hoch- und Tiefbau, sowie im Städtebau und in der Baukontrolle, wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und einem vollständig ausgefüllten politischen Fragebogen alsbald einreichen. Persönliche Vorstellungen unerwünscht; nur auf besondere Aufforderung. S 2891
Baden-Baden, den 12. März 1947
Der Oberbürgermeister

VERSCHIEDENES

Schwarzer Anzug oder Smoking, Gr. 1,80, ferner Zimmerteppich, 3,20 mal 2,20 gegen gute Vergütung zu kaufen gesucht. Angebote unter S 2231 an das BT.

Kochherd zu kaufen gesucht. Daselbst Anzugstoff zu verkaufen. Angebote unter S 2201 an das BT.

Biete Hochzeitskleid. Suche Wollstoff oder Straßenkleid. Angebote unter S 2881 an das BT.

Suche gut erhaltenen Kinderwagen gegen sehr gute Bezahlung oder im Tausch gegen ein neues Kinderbett, 120×60 und ein schwarzes, seidenes Nachmittagskleid oder einen ungebrauchten kleinen Zimmerkachelofen Angebote unter SB 2952 an das BT.

Biete ein Paar Damenhalbschuhe, Gr. 37, 1 Paar Herrenhalbschuhe, Gr. 42, 1 Kindertisch mit zwei Stühlen, Kinderschuhe, Gr. 29, 30 und 31. Suche größere Kochtöpfe, Aluminium. Krieg, B.-Lichtental, Hauptstraße 83 III. S 2869

3.50 m dunkelblauen Wollgeorgette gegen Herrenanzugstoff zu tauschen gesucht. Angebote unter S 2565 an das BT.

Geboten 1 Paar schwarze Herrenhalbschuhe, Größe 42, fast neu. Gesucht 1 Koffergrammophon. Angbote unter S 2190 an das BT.

Schäferhund entlaufen, schwarz-gelb, hört auf „Ali". Hohe Belohnung. Angaben an Baracke 1, Lange Straße 69. S 2913

Verloren am Freitag, 14. 3., mittags 13 Uhr ein Damenseidentuch dunkelblau von oberen Jagdhausstraße, Georgfriedrichstr. bis Laubstr., gegen gute Belohnung abzugeben bei Frida Beier, Dentistin, Georgfriedrichstr. 7, I. St. S 3015

Grüner Velourhut am Donnerstag in der Fürstenberg-Allee abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung. P. Wedekind, Fremersbergstr. 24. S 2919

Verloren am 6. 3. 47 eine dunkelbraune Aktentasche mit Inhalt von Hauptstr. Lichtental bis Rathaus, Marktplatz. Rauchwaren können behalten werden. Abzugeben auf dem Fundbüro gegen Belohnung. S 2955

Verloren: Hebel (Maschinenteil) Ecke Karl- und Lange Straße. Wiederbringer erhält Belohnung. Adresse zu erfragen unter S 2905 im BT.

Kleintierzuchtverein Baden-Oos

Zu der am Sonntag, den 23. März 1947, um 14.30 Uhr, im Gasthaus zum Schweigrother-Hof stattfindenden

Gründungsversammlung

sind alle ehem. Mitglieder, Freunde und Gäste herzlichst eingeladen.

S 2903 Die vorl. Vereinsleitung.

Das Theater der Künstler
von Film und Bühne. Langestrasse 28
bringt am Donnerstag, den 20 März 1947 um 17 und 26 Uhr im Kurhaus-Großer Bühnensaal S2910

Akkordeonklänge
mit dem bekannten Meisterspieler
Schittenhelm
und seinen Trossinger Handharmonika Spielern
Gerd Scheffold
den musikalischen Imitator und Meisterspieler der Mundharmonika
Kommt, hört und freut Euch!

3 Vorträge von Bundeswart PETER JÄGER, Karlsruhe
Freitag, 21. 3. 47:
● *Von der wahren Kirche*
Samstag, 22. 3. 47:
● *Von der wahren Freude*
Sonntag, 23. 3. 47:
● *Umkehr oder Untergang*
jeweils 20 Uhr im Evang. Gemeindehaus Gausplatz. Jedermann ist herzlich eingeladen. Eintritt frei! S2967
Evangelische Arbeitsgemeinschaft
Evangelisches Jungmännerwerk

Evange. Arbeitsgemeinschaft
Donnerstag, 20. 3. 20 Uhr (nicht Dienstag) spricht im Evangelischen Gemeindehaus am Gausplatz
Superintendent Lic. Dr. Harder, Berlin
über S2963
Bekennende Kirche i. Norddeutschld.

Demokratische Partei B.-Baden
Heute, Mittwoch, den 19. 3. 1947 um 19.45 Uhr findet die
Jahreshauptversammlung
im Gemeindehaus Baden-Lichtental statt, und bitten um zahlreiches Erscheinen. Demokratische Partei

AURELIA-LICHTSPIELE
Tägl. 14.30 und 17, Mittwoch auch 19 u. 21 Uhr, sonntags keine Vorstellungen

DEZEMBERNACHT - Lebensschicksale eines großen Pianisten. - Verkauf für die Abendvorstellungen am Mittwoch. Für 19 Uhr Vorst. ab 13 Uhr, für 21 Uhr - Vorstellung ab 20 Uhr.

Ab Freitag: **Vo'pone** - Ein satirisches Meisterspiel um Goldgier und Liebe im Glanze Venedigs - Jugendverbot bis 16 Jahre - Wochenschau. S2934

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg